

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 135

Sonntag, 13. Juni 1931

38. Jahrgang

Volkspartei bekommt Angst!

War alles nur ein Schreckschuß?

Die politische Situation in Berlin ist noch immer völlig ungeklärt. Nachdem die sozialdemokratische Fraktion zwar die letzte Entscheidung auf Dienstag vormittag — am Dienstag um 12 Uhr mittags tritt der Aeltestenausschuß zusammen — vertagte, ihre Unterhändler aber mit der strikten Weisung versehen hat, der Regierung den festen Entschluß der sozialdemokratischen Fraktion zu überbringen, daß sie die in unveränderter Fassung vorliegende Notverordnung unter keinen Umständen dulden würde, hat sich die politische Aufmerksamkeit wieder mehr der Haltung Brünnings und des Reichspräsidenten zugewandt. Es ist kein Geheimnis, daß Hindenburg nur ungern jetzt schon Änderungen an der Notverordnung zulassen will, und es ist ebenso bestimmt, daß gewisse auf ihn Einfluß ausübende Personen (er hält sich bekanntlich in der Nähe seines Freundes Oldenburg-Januschau auf) ihn in seiner ablehnenden Haltung bestärken.

Inwieweit in dieser Richtung die Schwerindustrie auf dem Umweg über die Volkspartei schon Boden gewonnen hat, ist ebenfalls noch eine offene Frage. Denn schon taucht in politischen Kreisen die Vermutung auf, daß die Volkspartei ihren Beschluß am Donnerstag als eine Art Schreckschuß gegen die Sozialdemokratie abgefeuert habe, daß sie aber in entscheidender Stunde doch einklinken werde. Wenn das richtig ist, so war das ein sehr teurer Schreckschuß, denn die Reichsbank wurde in den letzten Tagen um hunderte von Millionen Mark erleichtert. Amerika bekommt Sorgen um die deutsche Währung und beginnt seine Kredite zurückzuziehen.

Jedenfalls sucht die Volkspartei jetzt — unter dem Einfluß des Reichsbankpräsidenten — wieder etwas gutes Wetter zu machen (im täglichen Leben nennt man das Angst vor der eigenen Courage), wie folgende Meldung beweist:

Berlin, 13. Juni (Radio)

Am Freitag übergaben „führende Kreise“ der Volkspartei einer Berliner Nachrichtenagentur eine ziemlich kleinlauter Versicherung, in der über „irreführende Kommentare“ zu dem Beschluß der volksparteilichen Reichstagsfraktion gegen die Regierung Brüning geklagt wird.

Der Beschluß auf Reichstagsauflösung habe in Wirklichkeit den Sinn gehabt, die Autorität des Reichskanzlers, die nicht durch die Notverordnung, sondern auch durch das Vergehen einzelner Persönlichkeiten des Kabinetts gelitten habe, wieder herzustellen und dasjenige Maß an Stärke zu geben, ohne das das bis zum Erlaß der Notverordnung dem Kabinett entgegengebrachte Vertrauen weiterer Kreise unwiederbringlich verloren gehen müßte. Die bevorstehenden Aufgaben der inneren Gesundung, besonders der nunmehr aufgerollten Reparationsfrage seien so schwierig, daß sie mit Aussicht auf Erfolg nur dann durchgeführt werden könnten, wenn der Glaube an den unbegrenzten Willen der Regierung auf den bisher von ihr als richtig erkannten Weg fortzuschreiten immer weitere Kreise erfasse. Daß die deutsche Volkspartei irgend welcher Katastrophopolitik Vorstoß leisten könnte, sei ein völlig absurder Gedanke. Nur Besonnenheit könne Deutschland vorwärts bringen. Zur Besonnenheit gehöre aber in einer so gefährlichen Lage wie heute auch der Wille, von dem als richtig erkannten Weg durch keinerlei Einflüsse abbringen zu lassen. Eine Regierung, die danach handele, könne der vollen Unterstützung der Deutschen Volkspartei gewiß sein.

Der Vorwärts sagt zu den volksparteilichen Auslassungen: „Eitellig ist die Erklärung ein Meisterstück unfreiwilligen Humors. Politisch hat sie nur einen Sinn, wenn sie den Rückzug vorbereiten soll.“

Einer der Haupttreiber der Volkspartei zum Sturz des Kabinetts Brüning ist der Präsident der Deutschen Bank von Stauß. Es ist derselbe Herr von Stauß, der kurz nach den Septemberwahlen mit Hitler und anderen Brechern der Finanzwirtschaft im Berliner Hotel Adlon bei Sekt und Kaviar zu einem Frühstück zusammentraf.

Die Beziehungen des Herrn von Stauß zu den Nationalsozialisten und seine gegenwärtige Einstellung zum Kabinett Brüning lassen wohl mit am besten erkennen, wo die politische

Reise dieses Herrn hingehen soll und was er mit seiner augenblicklichen Taktik bezweckt. Er war seit den Septemberwahlen der Steigbügelhalter der deutschen Faschisten, die von der Schwerindustrie ausgehalten werden. Das ist er bis heute geblieben.

Brüning bei Hindenburg

Der Reichskanzler weilte am Freitag nachmittag bei dem Reichspräsidenten auf dessen Gut in Neudeck. Der Reichskanzler informierte den Reichspräsidenten in einer ausführlichen Unterhaltung über sämtliche zur Zeit schwebenden innen- und außenpolitischen Fragen. Im Verlauf der Unterredung gab er u. a. auch eine ausführliche Darstellung über die Stellungnahme der Regierungsparteien und der Sozialdemokratie zu der neuen Notverordnung, über die Forderungen nach Änderungen, die Wünsche der Volkspartei nach Umbildung des Kabinetts und die Pläne gewisser Kreise zur Bildung eines Direktoriums.

Der Reichspräsident billigte die Ausführungen des Reichskanzlers und schloß sich seinen Schlussfolgerungen restlos an. (In solchen amtlichen Darstellungen ist immer alles restlos glatt und schön!)

In der Grenze

Von Rudolf Breitscheid

Die Entschließung, in der die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Beratungen am Freitag ausklingen ließ, ergab sich zwangsläufig aus der politischen Situation. Seit Donnerstag abend stehen die Vertreter der Fraktion mit dem Reichskanzler in Verhandlungen über die Möglichkeit der Abänderung wesentlicher Bestimmungen der Notverordnung. Es ließ sich am Freitag und es läßt sich heute noch nicht übersehen, ob die Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis führen werden. Man kann in dieser Beziehung sogar außerordentlich skeptisch sein. Aber nachdem sie einmal aufgenommen waren, konnten sie nicht durch den Beschluß, einer Einberufung des Reichstags zuzustimmen, unterbrochen werden.

Die Gegner rechts und links werden es der Sozialdemokratie zum Vorwurf machen, daß sie nicht ohne weiteres

die Aufhebung der Notverordnung verlangt habe, der Notverordnung, deren Grundcharakter sie doch scharf verurteilt und deren Bestimmungen sie fast ohne Ausnahme für unheilvoll erklärt. Aber die Fraktion hatte sich die Frage vorzulegen, was eine solche Aufhebung im gegenwärtigen oder auch in einem späteren Zeitpunkt bedeutet. Sie hätte sicher nicht die Folge, daß nach dem unvermeidlichen Sturz des Kabinetts Brüning ein anderes kommen würde, das das Gesamtdefizit von 2,4 Milliarden in einer für die Arbeiterklasse erträglichen Weise zu decken sucht. Gewiß trüge die Sozialdemokratie dann nicht mehr die unmittelbare Mitverantwortung für die Lasten, die dem Volke auferlegt werden, und diese Erwägung kann sehr wohl in den nächsten Tagen zu einer Veränderung der bisherigen Taktik führen. Aber die Lasten würden auf diese Weise nicht verringert werden,

und so lange auch nur eine entfernte Aussicht besteht, das, was uns jetzt zugemutet wird, auf dem Wege von Verhandlungen in unserem Sinne zu beeinflussen und zu verändern, dürfen wir diesen Weg nicht verlassen.

Erst wenn sich herausstellt, daß alle Bemühungen vergeblich sind, oder daß die Härten, die beseitigt werden können, gegenüber denen, die noch bleiben, nicht ins Gewicht fallen, ist der Augenblick gekommen, über das Abweichen von der Linie, die wir seit dem September vorigen Jahres innegehalten haben, zu diskutieren und zu beschließen.

Die Sozialdemokratie lehnt es eben ab, in der Krisenmacherei mit der Deutschen Volkspartei in Konkurrenz zu treten. Die Triviolität dieser Gruppe, deren politische Anmaßung im umgekehrten Verhältnis zu ihrer politischen und parlamentarischen Bedeutung steht, hat keine Grenzen. Sie hat die Einberufung des Reichstags nicht etwa gefordert, weil sie ernsthafter und ehrlicher Weise die Notverordnung als unerträglich für sich und ihre kapitalistischen Anhänger erachtet. Sie will den Konflikt, weil sie glaubt, daß aus ihm eine Situation entstehen werde, in der sich das industrielle Großkapital zum unbefangenen Herrscher über die deutschen Geschicke aufschwingen könne. Daß sie sich über diese Möglichkeiten und besonders über die Dauer einer solchen kapitalistischen Diktatur schweren Täuschungen hingibt, ist eine Sache für sich. Aber um eines vermuteten Augenblickserfolges willen setzt die Deutsche Volkspartei, die sich doch so gern als die eigentliche Vertreterin der Interessen der Wirtschaft aufspielt, gerade diese Wirtschaft aufs Spiel. Sie kennt genau so gut wie wir oder noch besser die Lage am Geldmarkt. Sie weiß, wieviel ungezählte Millionen die Reichsbank in den letzten Tagen hat abgeben müssen. Sie macht sich nicht das geringste Gewissen daraus, die herrschende Panik noch zu steigern, und sie geht auch leichtem Herzens darüber hinweg, daß eine Rechtsregierung, der sie die Bahn bereitet, die Ausflüchte auf eine Revision des Youngplanes, auf eine Erleichterung unserer ausländischen Zahlungsverpflichtungen vollständig veriperrern würde. Nie-

Beschluß der Reichstagsfraktion:

Notverordnung muß abgeändert werden

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Freitag nach mehrstündiger Aussprache folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellt fest, daß die neue Notverordnung eine große Anzahl von Bestimmungen enthält, die die wertstätigen Massen auf das allerschwerste belasten. Ihre Durchführung würde eine unerträgliche Verschlechterung der Lebenshaltung des wertstätigen Volkes zur Folge haben. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion war und ist bereit, zur Sicherung der sozialen Einrichtungen und zur Überwindung der Wirtschaftskrise an der Sanierung der öffentlichen Finanzen mitzuwirken. Die neue Notverordnung hat aber durch ihre krasse Einseitigkeit, die die unteren Volksschichten auf das schwerste belastet, die größte Erregung ausgelöst. Diese Erregung ist um so berechtigter, weil die Notverordnung Eingriffe enthält, die sozial nicht gerecht, ungewinnbringend und nutzlos sind, dabei aber ungeheuer verbitternd wirken. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion verlangt deshalb eine Änderung der Notverordnung, die den berechtigten Forderungen der breiten Massen des Volkes entspricht.“

Die Fraktion hat davon Kenntnis genommen, daß der Fraktionsvorstand Verhandlungen mit der Reichsregierung aufgenommen hat, um eine durchgreifende Abänderung der Notverordnung zu erreichen. Sie wird die Entscheidung über ihre weiteren Schritte von dem Ergebnis dieser Verhandlungen abhängig machen. Deshalb vertagt sich die Fraktion auf Dienstag vormittag 9 Uhr. In der neuen Sitzung wird sie sich entscheiden, ob sie eine Einberufung des Reichstages verlangen soll.“

Verkehrsflugzeug stürzt brennend ab

Sämtliche Insassen verbrannt

Saarbrücken, den 13. Juni (Radio)

In Saarbrücken stürzte am Sonntagvormittag kurz nach 8 Uhr ein Verkehrsflugzeug, das zur Fahrt nach Köln aufgegeben war, kurz nach dem Start brennend ab. Der Absturz erfolgte aus einer Höhe von 500 Metern. Der Flugzeugführer und der Bordfunker und 2 Saarbrücker Kaufleute kamen in den Flammen um. Die Ursache der schweren Katastrophe ist noch nicht geklärt.

Herr Brüning staunt



Ueber das Echo der Notverordnung

man wird erwarten, daß die Sozialdemokratie dieses verbrecherische Hazardspiel mitspielen werde.

Vielleicht werden die „Staatsmänner“ um Herrn Dingelbein bis Montag oder Dienstag eines anderen besinnen. Man hört ja, daß der Reichsbankpräsident Luther und der Reichsaußenminister Curtius, die beide an ihren Parteifreunden ebensoviel Freude erleben wie seinerzeit Gustav Stresemann, bei den Verstorbenen und Verbohrten alle Hebel ansetzen, um ihnen die Unvernunft ihres Handelns gerade vom kapitalistischen Standpunkt aus klar zu machen. Vielleicht wird sich die knappe Mehrheit vom Donnerstag bis zur Stunde, in der im Verstehtenrat die Entscheidung fällt, in eine Mehrheit verwandelt haben. Aber das kann natürlich nichts an dem Urteil über eine Partei ändern, die wie keine andere ihren Untergang verdient hat.

Die Haltung der Sozialdemokratie — das muß ausdrücklich festgestellt werden — wird nicht durch Rücksichten auf den vollsparteilichen Wahnsinn von heute oder ihre etwa zu erwartende bessere Erkenntnis von morgen bestimmt. Wir beobachten nur aufmerksam die Manöver unserer Gegner und bemühen uns, ihnen nicht in die Hände zu arbeiten. Seiten lassen wir uns ausschließlich von den Interessen der Arbeiterklasse, den gegenwärtigen wie vor allem den zukünftigen. Und daraus ergibt sich, daß wir im Kampfe um die Abwehr einer irgendeine gearteten Diktatur bis zur äußersten denkbaren Grenze gehen müssen. Wir wollen nicht den Vorwurf des jetzigen Geschlechts und derer, die ihm folgen, auf uns laden, daß wir irgend etwas versäumt hätten, was der Abwehr des Faschismus dienen konnte und daß uns in einem kritischen Moment die Herrschaft über unsere Nation verloren gegangen sei.

Der Regierung in diesen und den bürgerlichen Parteien sei mit aller Deutlichkeit gesagt, daß wir unmittelbar vor der Grenze stehen, bis zu der wir gehen können, und daß es daher notwendig ist, den Forderungen, die wir in bezug auf die Notverordnung an sie richten, entgegenzukommen zu zeigen. Damit werden wir wahrscheinlich bei der Deutschen Volkspartei keinen Eindruck machen. Aber wir erwarten, daß die anderen, und namentlich das Zentrum ein Verständnis für die Bedeutung eines Abkühlens der Sozialdemokratie aufbringen. Wir wissen sehr genau, welche Folgen ein Umlegen unseres Steuers für das Land und nicht zuletzt für das Proletariat nach sich ziehen kann. Wir gehen an die Dinge mit dem größten Ernst und mit vollem Verantwortungsbewußtsein heran. Aber wir leben auf der anderen Seite auch, welches Unheil durch die Durchführung der Notverordnung, wie sie ist, heraufbeschworen werden würde, und wir legen all denen, die eine Politik der Vernunft treiben wollen, die Frage vor, ob sie sich imstande glauben, das Staatsrecht durch die Wogen eines von ihnen selbst erregten Radikalismus der Nation hindurchzuführen. Regierung und bürgerliche Parteien stehen genau so vor einer Grenze wie wir. Ebenso wie uns liegt ihnen die Pflicht des Nachdenkens und der gewissenhaftesten Prüfung ob. Versäumen sie es, so nehmen sie eine Schuld auf sich, die nicht gelöhnt werden kann.

Dreieinigkeit der Gewerkschaftsfeinde

Unternehmer, Gelbe und Kommunisten in einer Front

Seit Jahren kämpfen die Unternehmer gegen das sogenannte Gewerkschaftsmonopol. Das heißt, in vielen Fällen berufen sie sich darauf, daß die organisierten Arbeiter in der Minderheit seien. Die Gewerkschaften hätten infolgedessen kein Recht, im Namen der gesamten Arbeiterschaft Tarifverträge abzuschließen. Neuerdings geben die Unternehmer auf der ganzen Front dazu über, die Beseitigung der Tarifverträge zu fordern. Fast in jedem ihrer Geschäftsberichte und auf jeder ihrer Tagungen kehrt die Forderung wieder, daß die tarifliche Regelung auf beruflicher Grundlage beseitigt werden müßte. So verlangte erst kürzlich die Nordwestgruppe das Recht, Werkstarife abzuschließen zu dürfen. In den meisten Fällen verlangten die Scharfmacher aber eine völlige Aufhebung der tariflichen Bindungen, weil sie es unerhört finden, daß sie in einem Hochsommer, in dem es vier Millionen Arbeitslose gibt, noch über den Preis der Arbeitskraft verhandeln sollen, statt wie in früheren Krisenzeiten die Löhne radikal herabzusetzen.

In diesem Kampfe gegen die Machtposition der Gewerkschaften finden die Unternehmer zwei billige Hilfsstruppen: die Gelben und die Kommunisten. Vor kurzem erst betonte ein Führer der Gelbenbewegung auf einer Kundgebung in Dortmund, daß sie einen „Freiheitskampf“ führen wollten. Das Ziel dieses Freiheitskampfes bestünde in der Beseitigung des Zustandes, daß sich 60 bis 70 Prozent der nicht organisierten Arbeiter, die Unorganisierten, den Arbeitsbedingungen fügen müßten, die von den Tarifgewerkschaften vereinbart, bzw. mit Hilfe des staatlichen Schlichtungswesens festgelegt worden seien. Die gelben Heuchler wissen nur zu gut, daß es trotz der bestehenden Tarifverträge den Unorganisierten freisteht, billiger und länger zu arbeiten. Auch die Unternehmer haben jederzeit das Recht den unorganisierten Arbeitern schlechtere als im Tarifvertrag vorgesehene Arbeitsbedingungen zuzumuten. Trotz der angebotenen Notlage der Werke tun sie das nicht; sie wissen, warum. Sie dürfen die Dummheit nicht kopfsteuern machen; denn sonst erreichen sie ihr Ziel nicht: die Zerstückelung der gewerkschaftlichen Tarifverträge und der Gewerkschaftseinheit.

Als Dritten im Bunde können die Todfeinde der Gewerkschaften — vor allem im Ruhrgebiet die Kommunisten begriffen. Die Organisation der RGO im Bergbau, der sogenannte Einheitsverband der Bergarbeiter, hat nämlich dem Gewerkschaftsverband schriftlich folgendes mitgeteilt:

„Wir sind bereit, mit Ihnen Verträge abzuschließen. Sollten Sie die Verhandlung über die Forderung mit dem

EWB abblehnen, so machen wir Sie darauf aufmerksam, daß wir einen Tarifvertrag, der mit den übrigen Gewerkschaftsverbänden allein abgeschlossen wird, nicht anerkennen. Ebenso werden wir keinen Schlichtungsspruch anerkennen, der in Schlichtungskammern in Verhandlung mit anderen Gewerkschaften zustande kommt.“

Zur Begründung dieser Forderung verweisen die Revolutionäre darauf, daß sie bei den Betriebsratwahlen mehr Stimmen erhalten hätten als ein Teil der übrigen Tariforganisationen, z. B. die Polen und Hirsch-Dunkerische Richtung. Diese Begründung der Kommunisten führt konsequenterweise dazu, daß man auch den Gelben und den Nazis die Tariffähigkeit zuerkennt, da auch diese mehr Stimmen als die erwähnten Gewerkschaftsrichtungen erhalten haben. Die Kommunisten leisten also belohnt der Forderung der Scharfmacherischen „Bergwerks-Zeitung“ Vorschub, daß die jetzige tarifpolitische Front „erweitert“ werden müsse.

Nehmen wir nun einmal an, die kommunistische Aktion hätte Erfolg, d. h. Gelbe, Nazis und die RGO-Leute würden als Tarifkontrahenten zugelassen. Was wäre die Folge? Genau wie im Parlament würden die einen „hü“ und die anderen „hott“ ziehen und eine einheitliche Regelung, ein Tarifabschluß, wäre überhaupt nicht mehr möglich. Die Nazis und die Gelben hätten dann einen Erfolg erzielt, für den die Unternehmer ruhig noch einige Millionen Mark opfern können. Die Kommunisten aber könnten für sich das traurige Verdienst buchen, daß sie mit ihrer revolutionären Taktik den Scharfmachern eifrig geholfen haben, daß diese ihr Ziel, die Zerstückelung der Gewerkschaftsfront erreichten.

Zechenbarone pfeifen auf Notverordnung

Subventionsgeschente werden genommen — Preislenkung gibt's nicht

Essen, 13. Juni (Radio)

Das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat wendet sich gegen eine Herabsetzung des Kohlenpreises um eine Mark pro Tonne, wie sie kürzlich vom Reichsfinanzminister angekündigt wurde. Der Bergbau habe bereits vor Erlass der Notverordnung der Reichsregierung gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß er ihren Plan für verfehlt halte. Insofern könne man von einer Verhandlung mit dem Bergbau über eine Preislenkung nicht sprechen. Er könne seine Hand zu dem Vorhaben der Regierung, daß er für schädlich halte, nicht bieten. Tatsächlich sind die Verhandlungen über eine Herabsetzung des Kohlenpreises bisher noch nicht eingeleitet worden.

Augenblicklich ist die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung damit beschäftigt, eine Schätzung über den Beitragsausfall durch eine Befreiung des Steinkohlenbergbaues von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung vorzunehmen. Man ist zu etwa 28 Millionen für drei Viertel Jahre, d. h. für den Rest des Etatsjahres gekommen. Sobald ermittelt ist, wie sich die Summe auf die einzelnen Syndikate verteilt, beabsichtigt das Reichswirtschaftsministerium, mit Vertretern der Syndikate in Verhandlungen zu treten.

Kommunistenprozeß in Mecklenburg

Teterow i. M., 12. Juni (Eig. Bericht)

Vor dem hiesigen Schöffengericht begann am Freitag unter starker polizeilicher Sicherung ein Prozeß gegen 40 Angehörige der kommunistischen Partei, die beschuldigt werden, durch Sprengung einer nationalsozialistischen Versammlung Hausfriedensbruch begangen zu haben.

Am 11. Dezember 1930 kam es, wie die Anklagebehörde annimmt, während einer nationalsozialistischen Versammlung durch das Verhalten der Kommunisten zu einer wüsten Saalerschlagung. 24 Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Nach Räumung des Saales fielen etwa 12 Schüsse. Den Kommunisten, die sich jetzt vor dem Strafrichter zu verantworten haben, waren wegen des Vorfalls Strafbefehle bis zu zwei Monaten Gefängnis zugestellt worden, gegen die sie Berufung eingelegt haben.

Der Hauptangeklagte, der Kommunistenführer Quandt, versuchte bei seiner Vernehmung, die Schuld an den Zusammenstößen der Sozialdemokratie zuzuschreiben. Er behauptete zu seiner Entlastung, daß er von den Sozialdemokraten aufgefordert worden sei, sich mit den Nationalsozialisten tüchtig auseinanderzusetzen. Ein netter Held! Ob er auch Selbstmord begangen hätte, wenn er von dritter Seite dazu aufgefordert worden wäre?

Frankreich war wieder mal fixer

Berlin, 13. Juni (Radio)

Nach Mitteilungen der Morgenzeitungen sind zwischen Frankreich und Südlawien Verhandlungen über den Ankauf südlawischer Getreidevorräte im Gange, die bereits kurz vor dem Abschluß stehen sollen. Die Verhandlungen sind auf Grund des in Genf gemäß des französischen Antrages gefassten Beschlusses eingeleitet worden, der den Getreide-Export- und Importländern empfiehlt, sich vermittels gegenseitig gewährter Vorkzugszölle zu verständigen.

Reise der Weltschiffahrt

30 Dzeandampfer aufgelegt

WTB, London, 13. Juni

Wagt an dem transatlantischen Schiffsverkehr beteiligte Schiffsahrtsgesellschaften beschlossen infolge des starken Rückganges des Reiseverkehrs 30 große Dampfer aus dem Sommerfahrplan zu streichen.

Beisechliche Polizeibeamte

Berlin, den 13. Juni (Radio)

Von der Berliner Schutzpolizei sind am Freitag und heute mehrere Wachtmeister verhaftet worden, die in dem dringenden Verdacht der Befischung stehen. Außerdem wurden vier Buchmacher festgenommen, die in dem Verdacht stehen, die Polizeibeamten zum pflichtwidrigen Verhalten durch Geldgeschenke veranlaßt zu haben. Die Berliner Kriminalpolizei führt seit einiger Zeit einen Kampf gegen die wilden Buchmacher auf den Berliner Kernbahnen. So oft sich die Beamten bisher zeigten, verschwand die wilden Buchmacher. Man schöpfte deswegen Verdacht und stellte nach langen Ermittlungen fest, daß Beamte der Schutzpolizei den Buchmachern Signale gaben, so bald die Kriminalbeamten auf der Bildfläche erschienen. Die Buchmacher konnten dann rechtzeitig das Weite suchen.

Der Krawall geht weiter

Schwere Zusammenstöße in Hamburg, Bremen und Lauenburg

Schüsse auf dem Scharmarkt

Hamburg, 13. Juni (Radio)

Am Freitag gegen 17 Uhr versuchten hier etwa 50 kommunistisch eingestellte Personen auf dem Scharmarkt zu demonstrieren. Als die Polizei eingriff, wurde sie aus der Menge heraus geschossen. Die Beamten erwiderten das Feuer, indem auch sie sofort scharf schossen. Ein Schaden wurde durch einen Kniefuß und eine an der Demonstration nicht beteiligte Frau am Fuß verletzt. 19 an der Demonstration beteiligte Personen wurden arangestell. Die restlichen 300 wieder hergestellt werden.

Bremer Naziführer verletzt

In Bremen, wo es in der Nacht zum Freitag zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam, wurde 12 Beamte der eingreifenden Polizei verletzt. Dem Führer der Nationalsozialistischen Kampfbund wurde die Schenkelkugel durch einen Kniefuß und eine an der Demonstration nicht beteiligte Frau am Fuß verletzt. 19 an der Demonstration beteiligte Personen wurden arangestell. Die restlichen 300 wieder hergestellt werden.

Blutige Unruhen in Lauenburg

Lauenburg und Lüneburger Kommunisten schlugen sich gegen die Polizei ein. 1 Beamter mehrere Verletzte.

Lüneburg, 12. Juni

Nach einem heftigen unruhigen Demonstrationen gegen die Kommunisten kam es in der Nacht zum Freitag zu Zusammenstößen in einer kleinen Schlägerei. Die beteiligten Polizei wurde bei der Verhaftung der Demonstranten zu mehreren Verletzte und teilweise erheblich verletzt. Die Beamten wurden in der Nacht von ihrer Waffe Gebrauch

machen, wobei 1 Kommunist getötet und 2 weitere schwer verletzt wurden.

Die Lüneburger Polizei, die telefonisch zur Hilfe gerufen wurde, sagt, der Bürgermeister von Lauenburg habe nachts 11 Uhr um Unterstützung gebeten. Es sei zu schweren Zusammenstößen gekommen. Ein Lüneburger Kommunist sei tot, zwei Landjägerbeamte verletzt und er selbst, der Bürgermeister, mit einer Fahrennfrange blutig geschlagen worden. Daraufhin wurde sofort die Lüneburger Polizei alarmiert, die in verschiedenen Abteilungen die Ausgänge der Stadt besetzte. Nach 2 Uhr nachts kam das Auto mit den Lüneburger Kommunisten zurück. Als die Polizei das Auto anhalten wollte, ergriffen die Kommunisten die Flucht. Immerhin konnten 2 festgenommen werden und weitere 10 später im Lüneburger Gefängnis, wo sie sich versteckt hatten, verhaftet werden. Dabei leistete ein Kommunist Widerstand, so daß die Beamten von der Schußwaffe Gebrauch machen mußten. Der Kommunist erlitt einen Brustschuß und wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Die Polizeidirektion Lüneburg hat für die nächsten Monate sämtliche Demonstrationen und Umzüge der Kommunisten verboten.

Auch in Köln

Köln, den 13. Juni (Radio)

In Köln-Mülheim kam es am Freitag nachmittags zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei. Als die Polizei einen kommunistischen Demonstrationenzug auflösen wollte, wurde aus den Reihen der Demonstranten scharf geschossen. Ein Kommunist wurde verletzt und von seinen Gefährten auf einem Fahrrad demonstriert zum Krankenhaus geschafft. Ein Polizeioffizier erhielt einen Messerstich in den Kopf. Außerdem wurde eine Frau verletzt. In den späten Abendstunden wiederholten sich die Krawalle in Mülheim. Auch in der Kölner Altstadt kam es zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat das Kölner Kommunistentreffen auf die Dauer von 4 Wochen verboten. Das Verbot erfolgte wegen Aufforderung zu Gewalttätigkeiten.

20 anwesend, so daß die absolute Mehrheit, die für die Wahl erforderlich ist, 144 betrug.

Der neue Präsident Lebrun ist 60 Jahre alt und ein Freund und Anhänger Poincarés. Er ist vor dem Krieg Kolonial- und Kriegsminister und nach dem Krieg im Kabinett Clemenceau Unterstaatssekretär für die befreiten Gebiete gewesen. Seit 1926 ist er Präsident des Verwaltungsrats der von Poincaré geschaffenen Schuldentilgungskasse.

Unter seinen Leuten

Braunschweig, 11. Juni (Eig. Bericht)

Ein großer Krawall ist unter den Braunschweiger Nazis entstanden. Ihre Oberhäupter beschuldigen sich gegenseitig, belächelnde Pläne und Dokumente gefälscht zu haben, die dieser Tage in dem sozialdemokratischen „Volkstempel“ veröffentlicht wurden. Die Verleumdung hat die braunschweigische Polizei bei prominenten NS-Führern Hausdurchsuchungen veranlaßt.

Reaktionärer Senatspräsident in Frankreich

Paris, 11. Juni (Eig. Bericht)

Die Wahl des neuen Senatspräsidenten, die am Donnerstag nachmittags stattfand, war gewissermaßen eine große Leistung vor dem Volk von Frankreich. Im zweiten Wahlgang ging es dem Kandidaten der Rechten, Senator Lebrun, den die Sozialdemokraten unterstützten, gegenüber dem Kandidaten der linken Senatspräsidenten, Senator Laval, der die Sozialdemokraten unterstützten, an. Der Senat wählte Laval gegen 144 gegen 141.

Das Ergebnis ist nur dadurch verständlich, daß einige wichtige Senatoren nicht an der Sitzung teilgenommen und andere nicht für ihren Kandidaten gestimmt haben. Wenn die 145 wichtigen Senatoren hätten an der Wahl teilgenommen und die Sozialdemokraten hätten gestimmt, hätte dieser mit Unterstützung der 17 republikanischen Senatoren gewählt werden müssen. Der Senat hätte gegen 144 gegen 141 gewählt. Von diesen waren

Geschenke an die Schwerindustrie

Die andere Seite der Notverordnung

Subventionismus!

Bekanntlich brüllen die Unternehmer seit Jahr und Tag gegen jeden Eingriff des Staates in die Wirtschaft. Nur einen Eingriff lassen sie sich herztlich gern gefallen: Die Subvention. Dem Steuerzahler die Zinslast, dem Unternehmer den Profit — das ist die „freie Wirtschaft“, wie die Herren von der Ruhr sie auffassen.

In welcher verhängnisvoller Weise der Finanzminister Dietrich diese unverkündeten Ansprüche des Großkapitals in der neuen Notverordnung erfüllt hat, ergibt sich aus dem folgenden Artikel, der uns von sachverständiger Seite zur Verfügung gestellt wird.

Aus der in der Notverordnung vorgesehenen Krisensteuer soll ein Drittel der Erträge für Arbeitsbeschaffung verwendet werden. Zunächst sind 140 Millionen Mark dazu auszugeben, um Aufträge an die Schwerindustrie herauszugeben. Die ganze Aktion soll so vor sich gehen, daß die Reichsbahn Eisenvermehrungen und Gleisumbauten vornimmt und zwar im Betrag von 200 Millionen Mark. Dabei sollen angeblich 120 000 Arbeiter für ein halbes Jahr Beschäftigung finden.

Diese Auftragsvergabe größten Stils soll so finanziert werden, daß der Stahlwerksverband für das Schienenmaterial — es werden monatlich 60 000 Tonnen anstatt wie bisher nur 20 000 Tonnen durch die Reichsbahn bestellt — sich einen Kredit von 100 Millionen Mark beschafft, der von der Reichsbahn erst nach einigen Jahren zurückgezahlt werden braucht. Die Zinslast aber trägt das Reich aus Mitteln der Krisensteuer. Das Reich hat ferner aus der Krisensteuer 60 Millionen Mark als sogenannten verlorenen Zuschuß beizuführen. Die restlichen 40 Millionen Mark hat die Reichsbahn aufzubringen. Nun liegen die Dinge aber so: Die Oberbaumateriallieferung werden die Schwerindustriellen aus ihren Lagern nehmen. So ist zu befürchten, daß auf Grund dieser Lieferungen keine nennenswerte Mehrbeschäftigung eintritt. Die Schwerindustrie hat in voriger Woche auf der Tagung des Langnamvereins nach dem starken Kanzler gerufen, aber auch nach Subventionen. Man hat das in Berlin verstanden. Fragt sich, ob der Kanzler sich mit diesem Argument nach Auffassung der Schwerindustrie stark genug zeigt.

Trotzdem ist bei den ganzen Vorschlägen zu beachten, daß in der Steinindustrie insbesondere für Schlackenteile, bei den Erdarbeiten und Gleisverlegungen viele Arbeitskräfte gebraucht werden. Ob das aber ausreicht, um 120 000 Mann neu einzustellen, erscheint doch ziemlich zweifelhaft. Für die Schwerindustrie hat jedenfalls diese Art Arbeitsbeschaffung die angenehme Nebenwirkung, daß sie von ihren großen Lagern herunterkommt und daß ihr das Reich (oder besser gesagt, diejenigen im deutschen Volk, die die Krisensteuer aufbringen) den Zinsendienst abnimmt.

Die Notverordnung enthält noch weitere Subventionsgeschenke. Dem Steinkohlenbergbau wird der Arbeitnehmer- und der Arbeitgeberbeitrag in der Arbeitslosenversicherung für die Untertagearbeiter erlassen. Dieses Geschenk macht 6,5 Prozent der gesamten Lohnsumme der bergmännischen Belegschaften aus. Der gesamte Steinkohlenbergbau dürfte damit pro Jahr 40 Millionen Mark einsparen.

Der Bergbau und die Chemie erhalten aber noch ein weiteres Geschenk. Man hat nämlich keine der Benzinsollbefreiung entsprechende Ausgleichsabgabe für die Dreißigstoffe aus inländischer Erzeugung geschaffen. Da aber selbstverständlich die inländischen Industrien, also die Benzolgewinnung, die inländische Erdölindustrie und die Kunstbenzinproduktion, auch ihre Preise heraufsetzen, erhalten sie bei einem jährlichen Verbrauch von etwa 450 000 Tonnen inländischen Dreißigstoffen (Kraftsprit nicht mit eingerechnet) ein Subventionsgeschenk von 30 Millionen Mark. Für die Benzolgewinnung, die vom Bergbau betrieben wird, sieht das Geschäft wie folgt aus: Die Zapfstellenspreise für Benzol werden ohne jeden Grund prompt um 4,5 Pfennig pro Liter heraufgesetzt. Das bedeutet bei einem jährlichen Absatz von rund 400 000 Hektolitern einen Mehrerlös von 18 Millionen Mark.

Man sieht also, daß die Großindustrie, das Kohle, Eisen und Chemie bei dieser Notverordnung nicht vergessen worden sind.

Besonders die Kohlensubvention — darauf läuft praktisch die Niederschlagung der Arbeitslosenbeiträge hinaus — scheint äußerst problematisch. Es ist zunächst ein unmöglicher

Weg, wirtschaftlich notwendige Preisentfaltungen aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten. Nun will man aber die Ermäßigung der Kohlenpreise in erster Linie für die Steigerung des Konkurrenzkampfes gegen die englische Kohle benutzen. Die deutsche Wirtschaft, die bisher schon einen überhöhten Kohlenpreis bezahlen muß, wird davon nichts haben. Dagegen kann man die sogenannte Umlage vermindern. Das sind die Kosten, die die Kohlenbarone für den Konkurrenzkampf gegen die englische Kohle zu zahlen haben. Die erlassenen Arbeitslosenbeiträge kommen also den großen Werken zugute. Aber davon wollen wir einmal ganz absehen. Wir wollen nur die Tatsache ins Auge fassen, daß öffentliche Mittel für den Kohlenexport verwendet werden. Das hat England bereits vor Jahren getan, mit dem Erfolg, daß die übrige Wirtschaft es bald leid wurde, diese Kosten zu tragen, und ganz energisch forderte, daß damit Schluss gemacht wurde. England machte denn auch Schluss mit diesem bedenklichen System. Millionen und Abermillionen waren aber für ein Nichts und wieder Nichts verpulvert.

Man muß leider befürchten, daß der in der Notverordnung konstruierte Krisenfond noch zu anderen Subventionszwecken benutzt wird. Schon hört man, daß man den Werken die Industriemulden erlassen hat. Man kennt auch Subventionswünsche zahlreicher anderer Industrien und, leider, auch die Gerechtigkeit des Finanzministers, diesen nachzukommen. Wenn man überhaupt die unter schwersten Opfern der Waffen aufgebrauchten Krisensteuermittel zur Arbeitsbeschaffung benutzen will, dann müssen sie wirksam angelegt werden. Nach dem Gesichtspunkt der stärksten Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten und nicht nach Subventionsgesichtspunkten.

Solle das werden wir wahrscheinlich im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes erleben. Was hier schon jetzt produziert wird, schlägt jeder wirtschaftlichen Verwendung ins Gesicht. So projiziert man einen zehnjährigen Plan für Meliorationen. Er soll nicht weniger als 10 Milliarden Mark erforderlich machen. Man kann nur warnen. Schon bei der produktiven Erwerbslosenfürsorge ist nicht immer genügend auf die Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit der Investitionen geachtet worden. Für der famosen Einrichtung des „freiwilligen Arbeitsdienstes“ wird es sehr wahrscheinlich noch schlimmer kommen.

Dabei ist für produktive Arbeiten erst jüngst ein hinreichender Rahmen in der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten geschaffen worden. Warum, so fragen wir, greift man nicht auf diese zurück? Scheut man vielleicht die öffentliche Kontrolle, die hier mehr gegeben ist, als wenn man gewisse Arbeiten durch Kolonnen im freiwilligen Arbeitsdienst verrichten läßt, von denen man eigentlich nicht weiß, wer sie zusammenstellt, hat und was sie zuguterletzt sollen. Aus diesen Überlegungen heraus möchten wir die Notwendigkeit der öffentlichen Kontrolle ganz besonders unterstreichen. Eine irrende objektive Kontrolle kann nur die Gewähr geben, daß der Subventionsmißbrauch nicht in den Himmel wächst.

Das nennt sich Staffellung!

Risse beim Gehaltsabzug der Beamten

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben:

Je mehr man sich mit der Notverordnung beschäftigt, um so mehr stellt sich heraus, daß ihr Inhalt noch unsozialer, noch massenfeindlicher und noch beßerfeindlicher ist, als ohnehin auf den ersten Blick zu erkennen war. In dem Gewande harmloser technischer Umstellungen verbergen sich grundsätzliche Verschlechterungen von weittragender Bedeutung. Es scheint, daß ein großer Teil dieser sozial-reaktionären Vorschriften nicht das Werk der Regierung, sondern das Werk der Bürokratie ist. Die Ministerialbürokratie hat mit beiden Händen die Gelegenheit ergriffen, um endlich ihrem gepreßten Herzen Luft zu machen und alles was sie an reaktionären und arbeitfeindlichen Wünschen auf Lager hatte, in die neue Verordnung hineinzupacken.

Ein Musterbeispiel dafür, mit welcher Raffinesse und Unehrlichkeit die Bürokratie bei der Ausarbeitung der Notverordnung vorgegangen ist, ist die Regelung der Gehaltskürzung. Die Regierung hatte zugelegt, daß diesmal die Gehaltskürzung nicht in der unsozialen Form eines gleichmäßig prozentualen Abzuges, sondern in der Form einer sozialen Staffelung erfolgen sollte. Wenn man einen Blick in die Notverordnung wirft, scheint es auch, als ob dieses Versprechen gehalten worden ist. Sieht man sich aber den Abschnitt über die Gehaltskürzung näher an, dann stellt man mit Entsetzen fest, daß der soziale Fortschritt der Staffelung zum guten Teil wieder aufgehoben wird durch zwei Maßnahmen, die die neue Gehaltskürzung viel unsozialer machen als die erste:

1. die Befreiigung jeder Freigrenze und
2. die Herabsetzung der Kinderzulage für das erste Kind von 20 auf 10 Mark monatlich.

Diese beiden Verschlechterungen wirken an sich schon überaus unsozial. Die niedrigsten Besoldungsgruppen bis zu 1500 Mark Jahreseinkommen waren bisher von der Gehaltskürzung überhaupt ausgenommen; diesmal werden auch diese Gehälter um 4 Prozent gekürzt. Die Halbierung der Kinderzulage für das erste Kind wirkt deshalb besonders unsozial, weil die Kinderzulage für alle Beamten gleich hoch ist. Jetzt wird bekannt, daß der Bürokratie diese sozialen Verschlechterungen noch nicht genügen, sondern daß man drauf und dran ist, die in der Notverordnung enthaltene Staffelung selbst zu verfälschen.

Im Reichsfinanzministerium sind Durchführungsbestimmungen zur Gehaltskürzung ausgearbeitet worden, nach denen der Stoffabzug nicht so vorgenommen werden soll, wie man bisher angenommen hatte, sondern in einer Form, die die hohen Einkommen wesentlich begünstigt. Nach dem Text der Notverordnung sollen die Gehälter bis zu 3000 Mark mit 4 Prozent, die zwischen 3000 und 6000 Mark mit 5 Prozent gekürzt werden, die zwischen 6000 und 12 000 Mark um 6 Prozent und nach dem Entwurf der Durchführungsbestimmungen soll aber die Kürzung bei einem Einkommen von 12 000 Mark folgendermaßen vorgenommen werden: Von den ersten 3000 Mark werden 4 Prozent abgezogen, von den nächsten 3000 Mark 5 Prozent und von den letzten 6000 Mark 6 Prozent. Während nach dem Wortlaut der Notverordnung die Kürzung 720 Mark betragen sollte, wird sie auf diese Weise auf 630 Mark ermäßigt.

Wie unsozial die ganze Besoldungsanpassung trotz der Staffelung ausfallen würde, wenn dieser Plan verwirklicht wird, zeigen folgende Beispiele: Ein verheirateter Beamter mit zwei Kindern und 1700 Mark Monatslohn erfährt einen Abzug von 16,90 Mark oder fast 10 Prozent. Bei einem verheirateten Beamten mit zwei Kindern und 2400 Mark Monatslohn beträgt der Abzug 18 Mark oder 7,5 Prozent. Bei einem Einkommen von 3400 Mark monatlich dagegen sinkt der Abzug auf 6 Prozent und auch bei 7400 Mark tritt nur dieselbe prozentuale Kürzung ein.

Wir können uns nicht denken, daß dieser ungeheuerliche Plan durchgeführt werden wird. Doch hat die Regierung Zeit, wenigstens in diesem Punkte der hohen Bürokratie das Handwerk zu legen. Greift Herr Brüning hier nicht ein, so gibt er damit offen zu erkennen, daß er diese Verschlechterung gewollt hat und der unsozialen Charakter der Besoldungsanpassung keinen Abbruch entspricht.

Keine Kürzung der Arbeitslosenunterstützung in England

London, 11. Juni (Eig. Bericht)

Die Arbeiterregierung wird die Arbeitslosenunterstützung nicht abbauen, obwohl die Arbeitslosenkommission in ihrem vorläufigen Bericht eine Leistungskürzung in der Arbeitslosenversicherung für den Fall, daß keine Beitragserhöhung erfolgt, vorge schlagen hat. Die Regierung will zunächst den abschließenden Bericht der Kommission abwarten; sie will jedoch, wie verlautet, ein Gesetz zur Bekämpfung von Mißbräuchen in der Arbeitslosenversicherung einbringen.

Scharfe parlamentarische Kämpfe sind vor allem bei der Beratung der Grundsteuer zu erwarten. Die Liberalen wollen gewisse Grundstücke von dieser Steuer ausgenommen wissen. Dadurch würde nach Ansicht des Schatzkanzlers das ganze Prinzip der Steuer in Frage gestellt.

DIE FLUCHT NACH PARIS

Roman von CARL OTTO WINDECKER

2. Fortsetzung (Nachdruck verboten)

Marie war nun ganz ruhig. Sie trat zurück, um die Türe zum Zimmer, in dem Nemes saß, zu schließen. Mit einer einladenden Geste wies sie auf eine Türe, die zu Michaels frühere Arbeitszimmer führte.

Die beiden Frauen nahmen Platz. Boller Erwartung trafen ihre Augen. Draußen vor dem Fenster klatschte der Regen wieder.

War das der Augenblick, auf den sie gewartet? Marie schüttelte den Kopf auf die Hand. War das der Augenblick, da sie den Haß, den sie in sich trug, der anderen ins Gesicht schmeißen konnte? Michael — sie suchte Michael hier? Sie fühlte, wie sie weich wurde — aber sie besann sich auf ihr Selbst. „Vielleicht habe ich Ihnen Unrecht getan, gnädige Frau“, sagte Marie leise. „Aber ich konnte nicht anders. Ich habe Michael sehr lieb.“

Marie zuckte nur mit der Schulter.

„Ich komme von Paris. Ich habe mit Michael dort ge-...“ Dann war ich ein paar Tage in Nizza — bei meinem Vater — als ich zurückkam, fand ich Michi — fand ich Herrn Dornhoff nicht mehr vor. Sagen Sie mir wenigstens die Wahrheit. Ist Ihr Mann hier?“

„Warum fragen Sie mich?“ quälte Marie.

„Warum wollen Sie mich peinigen?“ gab Hilde leise zurück.

„Es war mir fürchterlich, als ich in die leere Wohnung zurückkam. Meine letzte Hoffnung war, daß er hier sei —“ Versuchen Sie das nicht?“

„Ich blieb auch einmal in einer leeren Wohnung zurück — verlassen — in Not — mit dem Kinde —“, entgegnete Marie bitter.

Hilde senkte den Kopf.

„Ich weiß es jetzt...“ Wütlich richtete sie sich auf. „Herr Dornhoff ist also — ist also nicht hier?“

„Nein!“ jagte Marie achselzuckend.

Aber Hilde ging noch nicht. Irgendetwas hielt sie noch. Schuldgefühl? Nein. Aber diese Umgebung, die in allem Michaels Art verriet.

„Kann ich Ihnen irgendwie helfen, gnädige Frau?“ fragte sie leise. „Dem Kinde? Irgendwie?“

„Danke!“ machte Marie ironisch. „Sie haben ja meinem Mann geholfen.“

Hilde stand auf.

„Haben Sie meinen besten Dank, und verzeihen Sie, wenn ich Sie gestört haben sollte“, sagte sie förmlich. Marie nickte nur und geleitete den Besuch zur Türe.

Gleich darauf brummte draußen der Motor des abfahrenden Wagens. Und wieder spritzten die Wasserläden hoch unter seinen Reifen. —

29.

Als man Michael Dornhoff am späten Nachmittag auf der Bank im Bois fand, gab er nur noch schwache Lebenszeichen von sich. Ein Polizist, den man gerufen hatte, suchte vergeblich nach Papieren, die die Person des Selbstmörders identifiziert hätten. Ein Automobil brachte den Bewußtlosen in das nächste Vorstadthospital.

Während der Polizeit noch mit der Aufnahmehelferin verhandelte, legte man Michael bereits auf den Operationstisch. Es ging um Minuten. Durch die Kälte des Wintermorgens mochte seine Hand gezittert haben — haarig auf dem Herzen vorbei dem die Kugel, von oben nach unten, in den Körper gedrungen und in der Nähe der Nieren stecken geblieben.

Der Atem des Verletzten ging nur noch matt, als der Arzt das Messer ansetzte. Man nahm sich keine Zeit zur Narkose. Wärter hielten ihn fest. Er schrie — schrie wie irrennig auf — dann fiel er wieder in eine betäubende Ohnmacht. Die Operation gelang. —

Erst nach Tagen gelangte Michael wieder zu klarem Bewußtsein. Er hatte Schmerzen, fühlte sich unfähig matt und kraftlos. Erkantet ließ sein Blick über die kahlen, weißgetünchten Wände, über die Reihen der Metallbetten im Saal. Nachgen und Stöhnen traf sein Ohr. Wo war er?

Eine freundliche, kleine Schwester beugte sich über ihn und legte ihm ihre kühle Hand auf die heiße Stirn. Er lächelte dankbar. Dann schlief er ein.

Später kam der Arzt, untersuchte seine Wunde und fragte ihn nach Namen und Herkunft. Er schwieg beharrlich. Er wunderte sich selbst darüber. Da ließ man ihn in Ruhe.

Wochen vergingen, zum ersten Male konnte er wieder das Bett verlassen und am Arm der Schwester, auf einen Stock ge-

stützt, wenige Schritte in dem Gang zwischen den Betten machen. Sehnsüchtige Augen folgten ihm aus kahlen, eingefallenen Gesichtern.

Oft sah jetzt die kleine, freundliche Schwester an seinem Bett, streichelte seine Hände, wenn der Arzt kam, die Wunde zu untersuchen, oder wenn sie kamen, den Schnitt zu tamponieren, und er die Zähne zusammenbiss, um nicht zu schreien, wie damals als ihn der Schmerz des Eingriffs aus dem Zustand der Bewußtlosigkeit jäh erweckte.

Und nochmals nach Wochen — vergebens hatte man sich bemüht, seinen Namen und seine Herkunft zu erfahren — wurde er entlassen. Er lächelte eigentümlich, als ihm die Schwester den nach Kampfer riechenden Smokinganzug brachte — den Pelzmantel — die Lederhose. Als er in die Türe der Welle griff, fühlte er das Monatel zwischen den Fingern. Nur die Pistole war verschwunden. Die mochte die Polizei zu sich genommen haben. Ein Stück des alten Lebens war wieder bei ihm. —

Bevor er ging, ließ er sich noch einmal dem Chefarzt melden. Der alte, freundliche Herr mit dem Embonpoint des französischen Rentiers, dem Kapellmeisters, mit fröhlichen Augen hinter den runden Brillengläsern, empfing ihn logisch.

„Ich sehe mich gezwungen, Ihnen Dank zu sagen, Monsieur le Chef!“ jagte Michael, nachdem er Platz genommen hatte. „Vielleicht wäre ich Ihnen noch mehr zu Dank verpflichtet, wenn Sie mir nicht geholfen hätten.“

„Oh —“ der Chefarzt rief „ich die behaarten Hände. „Sie dürfen nicht so sprechen. Sie sind noch sehr jung. Sie werden vorzessen und wieder froh sein!“

Beflügelt sah Michael auf. „Sie glauben also, ich habe mich wegen einer Frau erschossen lassen?“ Er lächelte kurz und trocken. „Sie irren sich, Monsieur le Chef. Ich hatte nur Angst — vor dem Sterben.“

... dem Sterben?“

Michael nickte. „Ich habe die Krankheit meines Vaters geerbt. Paralyse — Tabes, Herr Doktor.“

Die kleinen, freundlichen Augen des Arztes lagen prüfend auf seinem Gesicht.

„Ich hatte Ursache, meinen Namen nicht zu nennen!“ jagte Michael sich aus seinem Sinnem aufräufend. „Ich hatte alles zerstückt, weil ich an das sichere Ende glaubte. Jetzt, da ich lebe, werde ich mich meiner Verpflichtungen nicht entziehen. Sie werden die Güte haben mir zu sagen, wieviel ich dem Spital schulde?“

(Fortsetzung folgt)

Der beste circensische Rekord-Spielplan, den Berliner Presse und Publikum in diesem Winter 12 Wochen lang als unübertroffen gefeiert hat und der im April 4 Wochen lang das Tagesgespräch Hamburgs bildete.



am 19. Juni nach Lübeck

aber nicht irgendein Circus, sondern der Ihnen bestbekannte

STRASSBURGER DER WELT CIRCUS STRASSBURGER

ältester, bester und echtster

Hierdurch gebe ich bekannt, daß die von meinem verstorbenen Mann betriebene

Schuhmacherei

von Herrn **Werner Schmidt** torigeführt wird. Ich bitte die verehrliche Kundschaft, das meinem Mann geschenkte Vertrauen auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll
Frau **Wilhelmine Behrens Ww.**
Schönbücker Straße 2

Verlege meine Lederhandlung m. Schuhmacherei wegen Platzmangels von Schwönekengrabenstraße 15 nach gegenüber Nr. 8

Möchte hierdurch auch gleich auf meine billigen Preise hinweisen.

Louis Haub

Sohlen-Ausschnitt

und Schuh-Zustandigungs-Betrieb
Rischhoff & Krüger
Schönstraße 93
Rote-See-Wahlstr.

Schlosseranzüge reinigt

Jucke und Rose 75 Pf.
Törper, Schwartauer Allee 24-26

Fahrräder billiger

von 2.- RM. an. Teilzahlung gestattet.
Raspel gratis. Schreiben Sie noch heute an

Peiner Fahrradhalle

Peine i. Hann.

Reparatur-Abteilung

Rippenheizröhre Doppel- und Einzeltrieb, Riemenketten, Schalter, Transmissionsen, Eisenblätter, Staben u. sonst.

Nuß-Eisen-Berlin
Leon Lissianski
Kaselnstraße 16
Telephon 22456

Öfen u. Herde

preiswert im Spezialhaus
Adolf Borgfeldt
Mühlensstraße 44-45

Damenwäsche

bestes deutsches Fabrikat

Key's Stoffwäbe

alle Wäsche- u. Filzwaren
aus den besten
Leinwandstoffen

Ang. Janesch

Sandstraße 4

Fahrräder

4-1/2, 5, 5-1/2, 6-1/2
Kaiser, Waldemar 2.

Kind. Kleider

modisch, bequem
zu den billigsten
Preisen. Angenehm
Kleider u. Hosen

Kind. Kleider

Mod. Sportkleid.
Sommerkleid
bei D. Hofmann

Siehung am 4. u. 6. Juli Geld-Lotterie

für das Deutsche Hygiene-Museum

400 000 Lose à 1 RM.
43 279 Geldgewinne zusammen:

120 000 RM

5000 u. Hauptgewinne:

50 000 RM.

25 000 RM.

15 000 RM.

10 000 RM.

5 000 RM.

2 000 RM.

Berner zu 1000, 500
200 RM. u. m.

100% Bargeld

Seie zu 1.- RM.

(Süße u. Süßgebühren
zu 25 % extra für
auswärtige Aufträge)
empfiehlt und ver-
sendet

Lotterie-Kersten
Obere Mühlenstraße 8
Postfach:
Hamburg 40 554

Zigarillos
Vorkauf 5 Pf. pro Stk.
Größe Auswahl,
billig! Nur an
Wiederverkäufer.
6 Grundmann Lübeck
Schulhofstraße 32

Stadthallen-Garten

Dienstag, den 16. Juni, 20 Uhr:
Großes dänisch-deutsches Konzert

Kopenhagener Polizei-Orchester
Kapelle der Ordnungspolizei-Lübeck
Eintritt 75 Pf.

Tanzpalast Marli
Sonnabend und Sonntag

Gr. Walzerabend
Herm. Kock

Restaurant Einsegl

Morgen Sonntag ab 4 Uhr
Konzert mit Tanzeinlagen

ab 8 Uhr Tanz bei freiem Eintritt.
Kaffeegeäck 40 Pf.

Die Sonor-Boys spielen u. singen z. Tanz

Zentral-Hallen
Morgen Sonntag
gr. Ball
Eintritt frei.

Täglich Motorbootverbindung nach Kopenhagen

um 16 Uhr ab Holtienbrücke
Sonntags 8 Uhr, 14 Uhr, 16 Uhr

Rückfahrt nach Bedarf
Beliebter Ausflugsort für Familien und Vereine.

Tele. 27 99

Restaurant u. Café

Bruno Feller - Kundestraße 9
bis 4 Uhr morgens Stimmung

Ausstellung

„An die Ostsee - Über die Ostsee“

Sonntagvormittag 11.30 Uhr:
Konzert des Mandolinen-Clubs von 1911

Montag ab 16.30 Uhr:
Empfang und Konzert des Dänischen Polizei-Orchesters Kopenhagen vor der Ausstellungshalle

Dienstag 17-19 Uhr:
Konzert des Dänischen Polizei-Orchesters im Garten der Ausstellung

Täglich geöffnet 10-19 Uhr. Eintritt 1.- RM. Erwerbslose gegen Ausweis 25 Pf.

Freies Kino. Kostproben.

Inhaber von Loseen zahlen auch nach der Ziehung nur den halben Eintrittspreis.

Sonntag: 4 Ostseejahr-Werbefahrten

8 und 13.30 direkt nach dem Privalstrand

9 und 14.00 nach Travemünde-Prinzenbrücke

Hin- und Rückfahrt nur 0.80 RM. Kinder 0.55 RM.

16.15 Kaffeefahrt in See ab Prinzenbrücke Fahrpreis 0.50 RM.



Trinkt täglich das anerkannte, sehr nahrhafte

Wilckens Doppel-Malzbier

Ärztlich empfohlen

STADTHALLEN

2 Prominente in 2 Schlägern!
Laura la Pianta

die charmanteste Darstellerin mit dem
C A R U S O

des Tonfilms John Botes in
Das Lied der Freiheit

Der Kapitän der Garde
Die Geburt der Melodie eines Liedes,
das die Freiheit aller Völker besingt.

Grandiose Massenszenen. Unerhörte Spannungsmomente. Aus Tausenden von Kehlen dringt das Lied der Freiheit, u. der sinkende Abend grüßt ein freies Volk und ein glückliches Brautpaar.

Und der 2. Großfilm:
Zarie Schkern

Liebe beim Polospiel. Ein äußerst spannender Gesellschaftsfilm, welchem ein interessantes Polospiel den Höhepunkt u. Abschluß der Handlung bildet.

Sonntags bis 3.30 RM. 1.-

Arb.-Turn- u. Sportverein Stockelsdorf u. Umgegend

Am Sonntag, dem 14. Juni 1931, im Lokale des Genossen W. Lampe, Gesellschaftshaus Fackenburg

Sommerfest

Eintritt Herren 60 Rpf., Damen und Erwerbslose 40 Rpf. - Kassenöffnung 6 1/2 Uhr, Ballanfang 7 Uhr

Der Festausschuß

4. gr. Bahn-Rad-Rennen

am Sonntag, dem 14. Juni 1931 nachmittags 2 1/2 Uhr

Sportplatz Buniamshof
Rennfolge: „Die Meile“, Travepreis usw.

Ca. 80 Fahrer vom Start. Preisverteilung mit nachfolgendem

Tanz

im Turnerschaftshaus, An der Mauer Beginn 8 Uhr

Eintrittspreis: Tribüne: Sitz und Stehplatz 50 Pf., übrigen Stehplätze 30 Pf. Erwerbslose und Schüler 20 Pf.

1. Fischerbuden

Lübecks Familienlokal
Morgen Sonntag:

Konzert und Tanz

Halte mein Lokal Vereinen bestens empfohlen

Polierkrug

Morgen Sonntag
Verkegeln und Auspielen von Schinken, Speck, Würsten u. ger. Aalen

Hierzu ladet freundlichst ein
Anfang 10 Uhr
Hans Dopp

Hallo !! Krümel ist da im Moislinger Baum

Morgen Sonntag:
Großer 4 Uhr Tanz-Tee mit Konzerteinlagen

Krümel, genannt der deutsche Patachon, der orig. Grotesk-Komiker u. Typendarsteller Hoch und Platt

Gänzlich freier Eintritt. E. Suhrbier

Eine neue Welt steht Ihnen offen

wenn Sie in den
Sonntag, 14. Juni, vorm.:
Gartenkonzert

Nachmittags 4 Uhr:
Familienkonzert mit Tanz

Abends 8 Uhr: Ball
Eintritt frei! Bahnlinien 2, 4 und 12

Südbeder gemein. Bauverein, e. S. m. b. H.

Ordentliche General-Versammlung

am Donnerstag, dem 25. Juni, abends 7 Uhr, in der Schiffergesellschaft (Eing. Engelsgrube)

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Jahresrechnung u. der Bilanz, sowie Entlastung des Vorstandes.

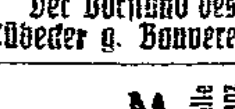
2. Bericht über die Verteilung des Gewinns.

3. Bericht des Verbandsleiters.

4. Wahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat.

Die Bilanz für das Jahr 1930/31 liegt vom 13. Juni im Geschäftszimmer aus.

Der Vorstand des Südbeder g. Bauvereins



Friedrich-Ebert-Hof

Freilichtbühne

Sonntag, morg. 11 Uhr

Morgenspiele

Kleiner Chorverein (Gemischter Chor)
Eintritt 20 Pf.

Was de Cecco' nich deit

Ein lustiges Spiel in 3 Teilen von Maria Gläß.

Gespielt von der Niederdeutschen Bühne, Lübeck. Erwahtene 30 Pf., Kinder 20 Pf.

Stadtheater

Lübeck
Sonnabend, 20 Uhr:
Sturm im Wasserglas

Komödie
Geschlossene Vorstellung.
Ende 22.20 Uhr.

Sonntag, 20 Uhr
Bittoria und ihr Schar. Operette. Kleine Preise.

Montag, 20 Uhr:
Der N. Zimmermann Komische Oper

Dienstag, 20 Uhr
Die Wittiblichen und Die Spieler Lustspiele.

Mittwoch, 20 Uhr:
In der Johannisnacht Operette.

Soll nur der Arme bluten?

Gewerkschaften und Notverordnung

Aufruf zur Einigkeit

Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns zu der Notverordnung der Reichsregierung geschrieben:

Die Reichsregierung ist des Glaubens, daß die neue Notverordnung den einzigen Weg zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes der öffentlichen Haushalte aufzeigt, den einzigen Weg, der deutschen Wirtschaft in ihrer schwierigen Lage die Ansammlung produktiven Kapitals zu ermöglichen und sie in ihrem Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkte zu unterstützen. Wenn die Gewerkschaften diesen Glauben der Reichsregierung teilen könnten, wären sie bereit, der deutschen Arbeiterschaft vorübergehend weitere Opfer zuzumuten; denn es gibt keine Schicht des Volkes, die von der Belebung der Wirtschaft und der Sicherung der Finanzen in ihrer ganzen Existenz so abhängig ist wie die deutsche Arbeiterschaft.

Aber die Gewerkschaften teilen diesen Glauben nicht. Sie sind vielmehr der entschiedenen Überzeugung, daß die Reichsregierung das Ziel auf dem von ihr eingeschlagenen Wege niemals erreichen wird. Es gibt keine dauernde Sicherung der deutschen Finanzen ohne eine vorausgegangene Belebung der deutschen Wirtschaft.

Die neue Notverordnung enthält kein positives wirtschaftspolitisches Programm,

in keiner der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Maßnahmen ist die Einsicht erkennbar, daß die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die deutsche Wirtschaft mit finanzpolitischen Maßnahmen der deutschen Regierung allein nicht behoben werden können. Auch die Ankündigung einer Revision des Young-Planes, die nur in langen Verhandlungen durchzuführen wäre, kann der Gegenwartsnot der deutschen Wirtschaft nicht steuern. Mit keinem Wort ist von Maßnahmen die Rede, auf dem Wege internationalen Zusammenwirkens aller von der Wirtschaftskrise betroffenen Staaten einen Weg zur Gesundung der Wirtschaft zu suchen.

Die neue Notverordnung wird nicht, wie feierlich verkündet worden ist, die letzte Notverordnung sein. Sie wird es nicht sein können, weil ihren Maßnahmen der

wegweisende wirtschaftspolitische Gedanke fehlt,

der die Ursachen der deutschen Wirtschafts- und Finanznot zu beseitigen sucht. Die neue Notverordnung ist nur ein Versuch, auf der Linie des geringsten Widerstandes vorzugehen. Auf dem Wege einer untragbaren Belastung der armen und ärmsten Schichten des deutschen Volkes will die Reichsregierung das Geld zusammenschaffen, um das Defizit der öffentlichen Haushalte zu decken.

Die deutschen Arbeitnehmer sind ohnehin steuerlich schwerer belastet als die Arbeiterschaft in allen anderen Industriestaaten. Das Maß ihrer Belastung mit Steuern und Sozialbeiträgen hat längst die Grenze überschritten, die bei dem Abschluß der Reparationsregelungen von den ausländischen Sachverständigen als berechtigt anerkannt worden ist. Nichtsdestoweniger hat sich die Reichsregierung dazu entschlossen, Steuern einzuführen, die die abhängige Arbeit ungleich schwerer belasten als die übrigen Kreise des Volkes.

Sie mutet nicht nur denen, die noch in Arbeit stehen, weitere schwere Bürden zu, sie verkürzt auch noch das Nettoeinkommen der Arbeitslosen um 10 bis 15 Prozent, das ohnehin nur zur dürftigen Fröfung des Lebens reicht. In demselben Augenblick, in dem sie denen, die in den letzten Jahren immer wieder eine Einschränkung ihrer Lebensmöglichkeiten erfahren haben, den kargen Lohn und die Bezüge kürzt, gibt sie der

Großlandwirtschaft und der Schwerindustrie offene oder verschleierte Subventionen.

Sie schmälert die Rechte der Arbeiterschaft und stärkt durch ihren Einfluß auf die Schlichtungsorgane die rücksichtslose Politik des Unternehmertums, dessen reaktionärer Machtwille im gleichen Verhältnis wächst, wie die soziale Not und die Belastung des Arbeitsmarktes zunimmt.

Durch diese Maßnahmen wird der Wirtschaft nicht geholfen. Die dauernde Schwächung der ohnehin geschwächten Kaufkraft der breiten Volksmassen wird vielmehr nur zu einer weiteren Einschränkung der Produktion und Freisetzung von Arbeitern führen. Die Notverordnung wird das soziale Elend in Deutschland steigern.

Ihre Durchführung hat aber nicht nur sozial und wirtschaftlich verhängnisvolle Folgen, sie beschwört auch unabsehbare politische Gefahren herauf, indem sie den

innerpolitischen Feinden der deutschen Republik Zündstoff zu ihrer Agitation gegen den demokratischen Staat liefert.

Die politische Unsicherheit, die durch die Notverordnung gesteigert wird, untergräbt das Vertrauen des Auslandes ohne Vertrauen zur Stabilität der deutschen politischen Verhältnisse und damit der deutschen Wirtschaft läßt sich aber der letzte Sinn jeder Notverordnung in der heutigen Zeit nicht verwirklichen, unserer Wirtschaft einen neuen Auftrieb zu geben und dadurch auch die Finanzen des Staates dauernd sicherzustellen.

Die Gewerkschaften sind sich einig in der Überzeugung, daß die neue Notverordnung sowohl in ihren entscheidenden Neuregelungen wie durch die Fülle gehässiger und wirkungsloser Einzelbestimmungen, die eine von jedem politischen Instinkt verlassene Bürokratie in ihre Paragraphen eingeschmuggelt hat, den

sozialreaktionären Geist noch überbietet, der im letzten Jahr Gesetzgebung und Verwaltung beherrschte.

Die Gewerkschaften sind sich aber auch bewußt, daß ihr Kampf gegen diese Notverordnung nur dann zu positiven Erfolgen führen kann, wenn die Arbeiterschaft rücksichtslos zu ihren Organisationen steht und ausschließlich den Weisungen ihrer Führung folgt. Die Arbeiterschaft hat keine Freunde, keine wirtschaftlichen, keine politischen Bundesgenossen außerhalb ihrer eigenen Reihen. In keinem Abschnitt der Nachkriegszeit war es so notwendig wie heute, daß der Block der wirtschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft, der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, eine festgefügte, geschlossene Einheit bildet, die jederzeit zur Abwehr wie zum Angriff eingesetzt werden kann.

Bekanntmachung

Unter Berufung auf die in den Verhandlungen des Parteitags in Leipzig erfolgten Mitteilungen über die in Köln erscheinende und im ganzen Reich verbreitete Zeitschrift „Der rote Kämpfer“ faßte der Parteivorstand in seiner Donnerstag-Sitzung folgenden Beschluß:

Die Zeitschrift „Der rote Kämpfer“, marxistische Arbeiterzeitung, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Joseph Brenner, Köln, Roonstraße 43, II, Druck: S. Walzer & Co., Düsseldorf, ist ein parteifeindliches und ein parteischädigendes Organ. In der Zeitschrift, die angeblich von Sozialdemokraten für Sozialdemokraten herausgegeben wird, die aber in ihrer ganzen Art kommunistischer Spaltungsarbeit dient, werden fortgesetzt in den Artikeln, die alle anonym erscheinen, die schwersten Beschimpfungen und Verleumdungen gegen die Partei verbreitet, die geeignet sind, das Ansehen der Partei zu schädigen und das Vertrauen zu ihr zu erschüttern.

Die Herausgabe, Mitarbeit und Verbreitung der Zeitschrift „Der rote Kämpfer“ ist ein parteischädigendes Verhalten.

Berlin, den 11. Juni 1931. Der Parteivorstand.

Ziehung der Anstellungs-Lotterie

Gestern früh erfolgte von einem hiesigen Notar die Ziehung der Anstellungs-Keilame-Lotterie. Zunächst wurden die 14 Prämien gezogen, die aus 6 freien Hin- und Rückreisen von Lübeck nach Helsingfors, Gothenburg, Bornholm zweimal nach Kopenhagen und Swinemünde bzw. Memel bestehen, sowie aus 8 vollkommen freien 5-, 7- oder 14-tägigen Aufenthalten in verschiedenen Ostseebädern. Unter letzteren befinden sich Aufenthalte in Bädern der Lübecker Bucht und in solchen der Freien Stadt Danzig und des Memelgebietes. Anschließend wurden die übrigen 2500 Gewinne zu RM. 1.— ermittelt die in einer Freilote zum Besuch der Ausstellung „An die Ostsee — Ueber die Ostsee“ bestehen. Die Ziehungslisten können ab heute in denjenigen Geschäften und Restaurants eingesehen werden, die auf der Rückseite des Loses als Ausgeber vermerkt sind. An diesen Stellen erfolgt auch die Ausgabe der Gewinne mit Ausnahme der Prämien, die nur im Büro der Ausstellung in der 700-Jahr-Salle von den Gewinnern abgeholt werden können. Alle Lose, auf die kein Gewinn entfallen sind, berechnen sich nach wie vor zum Besuch der Ausstellung gegen Erstattung des halben Eintrittspreises.

Rundfunk der Werktätigen

Der nächste Abend für die Werktätigen der Nacht am 16. Juni, 20 Uhr, läßt eine Reihe von tragikomischen Feldern aufmarschieren, wie sie von großen Dichtern gestaltet wurden. Dr. S. Weniger und Carl Briniker werden die verbindenden Worte zu Szenen von Shaw und Sternheim, zu Kapiteln von Cervantes und Jean Paul, zu Versen von Morgenstern sprechen. Moderne parodistische Musik von Debussy, Strawinsky, Hindemith wird dem Programm eine besondere Würze verleihen. Die Rezitation haben erste Kräfte des Kieler Stadttheaters übernommen.

Achtung, Streit! Die Steinmehlen und Schleifer der Firmen Rediglaub, Lange und Bruhn stehen im Abwehrkreis. Zugang ist fernzuhalten. Die Streikleitung.

Mieterschutzverein
Landesverband Lübeck e. V., Beckersgrube 52 pt.
Organisation der Mieter, erteilt Auskunft u. Rat in Wohnungsang. 18gl. 5-7 Uhr nachm. außer Mittwoch. Werdet Mitglied!



Fiedje un Zedje

Fiedje: „Du weenst?“
Zedje: „Ja, aber nich ut de Dog'n.“
Fiedje: „An dat Taschenboot vör di? Verstell di doch nich, leem Fründ. Hett di 'n Anglick drap'n?“
Zedje: „Ja'n Gegenbeel! Ja, juchhei, dreemal in de Minut, dat s'ick de Ball'n bög'n.“
Fiedje: „Sinnig, Zedje. Wenn ic di help'n kann, doch ic dat gern. Segg, wat is di in't Dog flag'n?“
Zedje: „Nicks.“
Fiedje: „Ja, aber...“
Zedje: „Nicks, von... aber! Hier is de Notverordnung!
Mi sünd de Dog'n obergahn. Siet twee Stund'n riet ic mi af, um de Stell to find'n, de mi bewiest, dat all dat, wat man uns astracht, nich för de Raß is. Wenn de Pott so'n Loet hett, stoppt keen Dübel dat to.“
Fiedje: „Mehr as sin Huut kann keen Mensch anbeed'n.“
Zedje: „Anbeed'n? Büßt du mall? Hier ward een'n de Huut sladenwies afreet'n! Wenn dat so wieder geiht, — un wer garanteert een'n dat disse Verordnung de lezt is? — denn kannst du di as 'n... Knatengerüst up den'n nächst'n Sohrmarkt bestrieg'n lat'n, blots mit de Utsicht, dat so'n Apstiege keen'n Grotch'n för di affmitt. Nec, nec, wer wat hett, fall geb'n!! Wo aber nicks is, dor fall man von dat Nicks nich of noch de Häst astrag'n. Weenst du nich of?“
Fiedje: „Wat fall ic dor to segg'n? Sünd swore Zied'n. Aber dat Lamentieren föhrt uns nicht ut'n Oreck. Wer den'n Kopp sack'n löst, föhrt in'n Grab'n. Kopp hoch, Zedje, un den'n Doot fast angesetzt, ... nur wer marschiert, kümmt dörwärts. An geht dat of 'ne Tiedlang dösch Gestrüpp un steinig Stell'n, eenmal föhrt de Weg doch wedder nah bab'n, eenmal schient uns de Sünn doch wedder! — Riet uns Jugend an, Zedje, — smal Brot, Sorg'n in'n Hus un öberall, un doch... Lebensmot un Lebensfreid! Wenn de Sport blots ditt een för sic bracht harr, Gesundheit un Lebensmot to schaff'n, ... hot af för so'n Frachtung! Up den'n Sport lat ic nicks kam'n. De Sport...“
Zedje: „Wenn de Sport uns selig mal'n künn, weern wi all lang in'n Himmel.“

Fiedje: „So so'n... Himmelfahrt harrst du lezt'n Sünndag Gelegenheit hatt, as de Ballon „Samborg“ ober den'n Wall sein deh.“

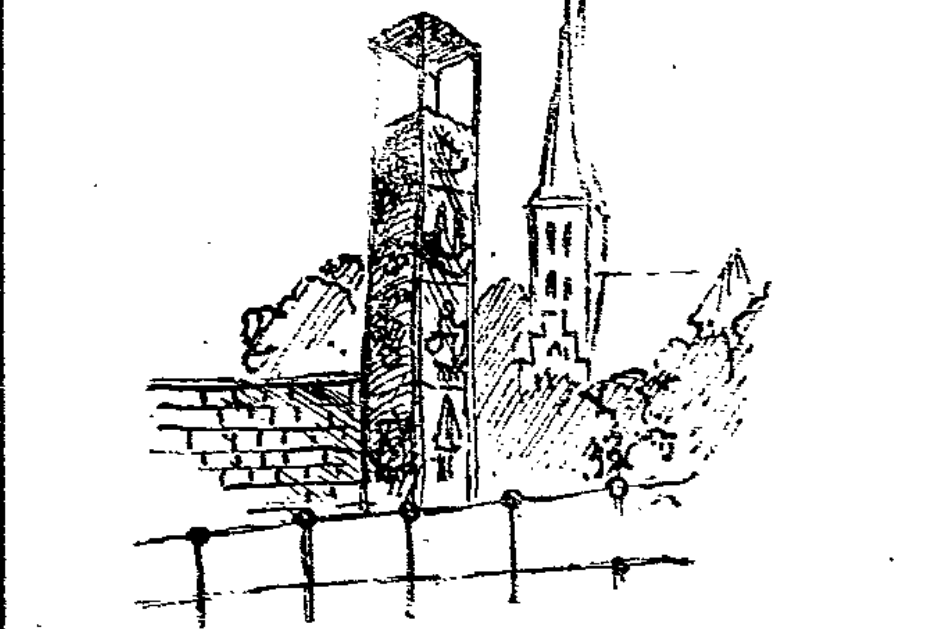
Zedje: „Is to gefährlich!“
Fiedje: „Wat, so'n sinnig Fohrt? Aber dor sitt bi di de Sa'n. Gefährlich? Ja, wenn du den'n Sport von de Sted anschufft, denn sußt du de Finger ganz von lo'n. Denn weer so'n schöne Segelflegel of nicks för di?“

Zedje: „Nec.“
Fiedje: „Aber viellicht de Piliputbahn vör de Atstellungs-hall?“

Zedje: „Ja, dat is min Fall! Du, ja... dat mütt ic di direkt vertell'n. Börgestern, Minich, wat heff ic lacht, ... keem dor 'ne Olsch von'n Land un will mal Karussel föh'n. Se fett sic dal, ... de Zug tröck an, ... bums knall se mit chr'n Plafond neb'n de Schien'n! Natürlich 'n Fettplack'n von ländlicher Güte!“

Fiedje: „Na, süßt du, ... wenigstens en bet'n Sumer, wenn of stark verdünnt.“

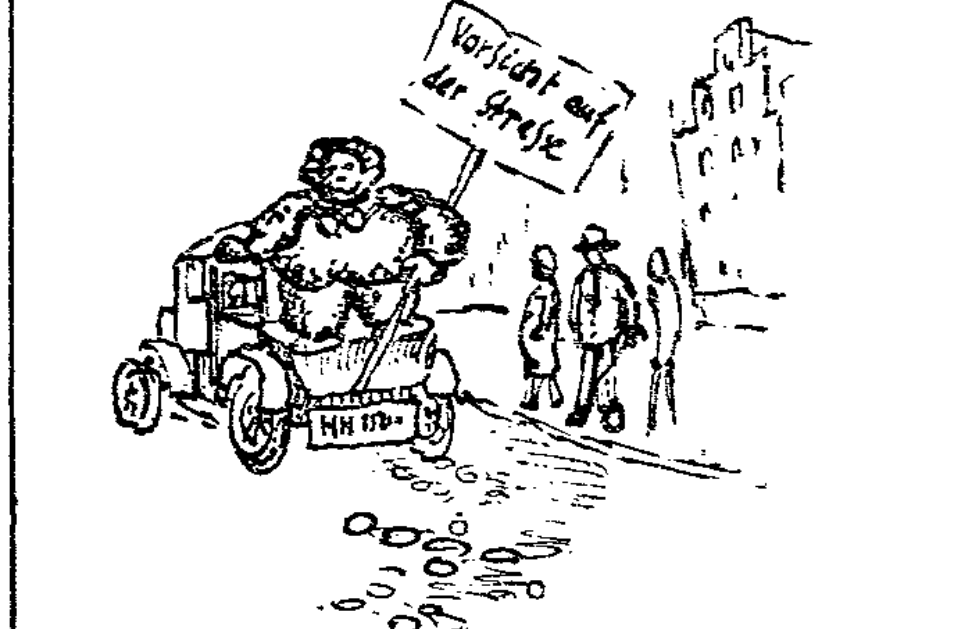
Zedje: „Ja, un... heff du de Propagandafort seihu von de Berufschöfför's? De harr'n ehr Gaudag in Lübeck. Up een'n Wag'n künn 'ne Popp vörn un hin'n. Min Fru meen, dat weer woll so'n Ort Hauptitel von Köpenick, de sic sin Plünn'n utleent harr, um mit sin Klemmelt Spiißel to



drieb'n, ic aber heff den'n Status anners utbalanzert. Ic glöw, dat weer de personifizierte Wörsichtigheit. Aber egal, de Popp seh to puszig ut un de Lüd hebb'n sic mall lachr.“

Fiedje: „Du bederst di.“
Zedje: „An denn up de... Wipperbrüg! Heff du di all mal vör de veer Testamente postiert? Dat reinste Biler-

räsel! Ic heff dat noch gornich wüßt, dat wi oll'n Lübeder mit de noch öllig'n Cypriers blousderwandt weern. So wat von Strogil'n! In sein, Fiedje! So'n Diepfil sünd dor twee Deerns asbildt, dat heet, dat sünd egentlich keen richtige Deerns min Subitopp, un de Deerns stahn of nich innern But, wo se von Natur henngehörn, veelmehr süßt dat so ut, as wenn de Köpp up Niesstiel'n ried'n. In bi de Köpp süßt du of keen Dog'n un Nässtöcker, nec, aber dorför heff du 'ne Erinnerung an Waschbal'n mit Melon'n un Apffel'n. Süßt aber is de Nehlichkeit för grot.“



Fiedje: „Dat is ja to puszig.“
Zedje: „Denn is ja alls in Lot. — Kümmt di mal wedder 'ne quarrige Stimmung an, dann weecht du ja, wo du in Lotung de Medizin stüt'n kannst. Aber snact der nich to wiedeläufig über, denn krigat Brünning Wind von disse Apothek, setz bi de Pries noch höger fast. In dorbi künn man denn allerdings den'n lezt'n Rest von Humor verlern. — Sumor verlor'n all's verlor'n! Na, denn adüß of, ... un vergeet nich de Marienkird to bekie'n. Se is uplands de einzige Lichtbild mang de düstern Wolf'n. In kost nich mal 'ne Ackamelotteri-gratifikatschon.“
K. W.

Gegen Hornhaut

Hühneraugen, verhärtete Hornhäut an Händen und Füßen hat sich „Eosin“ als lauberes und bequemstes Mittel zur gründlichen Beseitigung aller harten Haut-Verhärtungen bestens bewährt. Wahrung für mehrmaligen Gebrauch mit genauer Gebrauchsanweisung 60 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Wie wird das Wetter am Sonntag



Seheut

Schwache bis mäßige Winde, zunächst wechselnder Richtung, dann wieder aus West, mäßig, meist trocken, jedoch Neigung zu Gewittern.

Se heftigen Fröhenregen ist es heute kaum zu nennenswerten Störungen gekommen. Nur im Südwesten des Reiches traten Gewitter auf. Die durch die kalte Grenzströmung über die Nordsee reichlich vorhandene Siedung ergab sich langsam abwärts an Ostsee, während an der Küste derselben mit Fröhenregen wieder spanische Luft kontinentaler Natur einströmte.

Ein Jubiläum der Arbeiterbewegung

Am 25jährigen Stiftungsfest der Meißlinger Arbeiter-Radfahrer

Unter Beteiligung aller Ortsvereine und auswärtiger Gäste bezieht der Meißlinger Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Verein am 20. und 21. Juni seine Jubiläumfeier. Der seit Beginn dem Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund Solidarität angehörende Verein wurde am 23. Mai 1906 von sieben Genossen gegründet. Einer von ihnen, der erste Fahrwart des Vereins, der Gen. O. P. J. A., kann erfreulicherweise im Kreise der Mitglieder an den bevorstehenden Festlichkeiten teilnehmen.

Der Verein hat sich große Erfolge in die Reihen der Vereinsangehörigen. Dank der opferwilligen Arbeit des Gen. Koop gelang es aber dennoch, die Organisation aufrecht zu erhalten. Im Jahre vor Jahresbeginn war der Verein formell aufgelöst worden, um als Ortsverein weitergeführt zu werden. Politische Gründe waren die Ursache zu diesem Schritt. In der folgenden Zeit wurde die Organisation wieder neu aufgebaut und hat sich seitdem in der Tat als ein sehr aktives und erfolgreiches Unternehmen erwiesen. Die Mitgliederzahl ist im Laufe der letzten Jahre stetig gewachsen.

Die vor einigen Jahren erfolgte Anschaffung von Saalmaschinen gestattet eine intensive Förderung dieses sportlichen Zweiges, mit dem Erfolg, dass der Damenmannschaft und der Jugendmannschaft bei der Austragung die Bezirksmeisterschaft zugesprochen wurde. Denselben Mannschaften wurde dann auch die Gesamtsiegerkrone im Gau 4 des Bundes zuerkannt.

Die Vereinsmitglieder sind in der Stadtverwaltung verstreut. Dabei wurden durch den Verein 17 Personen im Jahre gewählt. Der Vorstand des Vereins hat die Aufgabe, die Mitglieder an den verschiedenen Orten zu unterstützen. Dies unterwirft bleiben darf, dass der Verein die Mitglieder durch die Teilnahme an den verschiedenen Wettbewerben auf eine abendliche Tätigkeit und damit der Vereinsarbeit zu veranlassen kann.

Der Verein hat auch die neue Mitarbeit der Arbeiterbewegung in der Stadtverwaltung zu fördern. Die Mitglieder des Vereins haben sich in der Stadtverwaltung an verschiedenen Stellen beteiligt und die Arbeiter-Radfahrer-Verein hat durch seine Tätigkeit in der Stadtverwaltung einen großen Beitrag geleistet.

Der Vorstand des Vereins hat die Aufgabe, die Mitglieder an den verschiedenen Orten zu unterstützen. Dies unterwirft bleiben darf, dass der Verein die Mitglieder durch die Teilnahme an den verschiedenen Wettbewerben auf eine abendliche Tätigkeit und damit der Vereinsarbeit zu veranlassen kann.

Der Vorstand des Vereins hat die Aufgabe, die Mitglieder an den verschiedenen Orten zu unterstützen. Dies unterwirft bleiben darf, dass der Verein die Mitglieder durch die Teilnahme an den verschiedenen Wettbewerben auf eine abendliche Tätigkeit und damit der Vereinsarbeit zu veranlassen kann.

Der Vorstand des Vereins hat die Aufgabe, die Mitglieder an den verschiedenen Orten zu unterstützen. Dies unterwirft bleiben darf, dass der Verein die Mitglieder durch die Teilnahme an den verschiedenen Wettbewerben auf eine abendliche Tätigkeit und damit der Vereinsarbeit zu veranlassen kann.

Der Vorstand des Vereins hat die Aufgabe, die Mitglieder an den verschiedenen Orten zu unterstützen. Dies unterwirft bleiben darf, dass der Verein die Mitglieder durch die Teilnahme an den verschiedenen Wettbewerben auf eine abendliche Tätigkeit und damit der Vereinsarbeit zu veranlassen kann.

Der Vorstand des Vereins hat die Aufgabe, die Mitglieder an den verschiedenen Orten zu unterstützen. Dies unterwirft bleiben darf, dass der Verein die Mitglieder durch die Teilnahme an den verschiedenen Wettbewerben auf eine abendliche Tätigkeit und damit der Vereinsarbeit zu veranlassen kann.

Der Vorstand des Vereins hat die Aufgabe, die Mitglieder an den verschiedenen Orten zu unterstützen. Dies unterwirft bleiben darf, dass der Verein die Mitglieder durch die Teilnahme an den verschiedenen Wettbewerben auf eine abendliche Tätigkeit und damit der Vereinsarbeit zu veranlassen kann.

Steuertalender

Am 12. und 13. Juni 1931

- 1. Juni: Kapitalertragsteuer auf die Einkünfte der Kapitalerträge 1931.
- 2. Juni: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 3. Juni: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 4. Juni: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 5. Juni: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 6. Juni: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 7. Juni: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 8. Juni: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 9. Juni: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 10. Juni: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 11. Juni: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 12. Juni: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 13. Juni: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.

- 1. Juli: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 2. Juli: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 3. Juli: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 4. Juli: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 5. Juli: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 6. Juli: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 7. Juli: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 8. Juli: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 9. Juli: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 10. Juli: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 11. Juli: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 12. Juli: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.
- 13. Juli: Einkommensteuer auf die Einkünfte der Einkommensteuer 1931.

Aus dem Bericht der Städtischen Betriebe

Alles Gas vom Hochofenwerk - Schlechte Aussichten für die Straßenbahn

Größte Sparsamkeit notwendig

Lübeck, 13. Juni

Dem Jahresbericht über die Städtischen Betriebe ist noch nachzutragen:

Die Kosten für die öffentliche Beleuchtung wurden seitens der Finanzbehörde im laufenden Jahre um fast 100 000 Reichsmark ermäßigt. Einschränkungsmaßnahmen nicht zur Freude der Einwohnerschaft waren daher unvermeidlich. Verbesserungen der Beleuchtung an gewissen Stellen werden zurzeit noch geprüft.

Beim Elektrizitätswert

Ist die Anschlussbewegung im verfloßenen Jahre noch als gut zu bezeichnen. Dementsprechend stieg die Anzahl der eingebauten Zähler von 20 800 auf 23 810. Die wirtschaftliche Notlage zwang viele unserer größeren Konsumenten den Verbrauch an elektrischer Energie, vor allem den Lichtverbrauch der Läden, einzuschränken.

Beim Wasserwert

ging die Menge des ins Nocheney gedrückten Wassers von 4 760 635 Kubikmeter auf 4 373 104 Kubikmeter, also rund um 8,3 Proz. zurück. Die im Herbst 1929 in Betrieb genommene Schnellfilteranlage hat sich durchaus bewährt. Durch diese Verbesserung ist für lange Fristen die Gewähr gegeben, durchaus einwandfreies Wasser den Konsumenten liefern zu können.

Die von den größeren Konsumenten geforderte Senkung der Wasserpreise konnte bislang auf die angespannte Lage der Geldverhältnisse des Staates und die dadurch erforderlichen hohen Abführungen an die Stadthauptkasse leider noch nicht entprochen werden.

Die wirtschaftlich schlechten Verhältnisse haben sich bei der Straßenbahn am härtesten ausgewirkt.

Der Rückgang in der Personenerföderung betrug 1 035 466 Personen, das heißt 7,36 Proz., und der Rückgang beim Autobusbetrieb 29 729 Personen, das heißt 12,32 Proz. des Vorjahres. Im Rahmen der übrigen deutschen Straßenbahnen ist der Rückgang als normal zu bezeichnen. Versuche einer Reihe von Straßenbahnen durch Tarifsenkung dem Verkehrsrückgang entgegenzuwirken, haben sich als durchaus verfehlt erwiesen. Die Ausfälle, die durch den Verkehrsrückgang entstanden sind, sind nach vorliegenden Ergebnissen nur wertzumachen durch evtl. Rückgänge in den Fahrleistungen sowie durch allgemeine Senkung der Betriebsausgaben. Von dem ersten Mittel der Verringerung der Fahrleistungen ist nur ein verhältnismäßig geringer Gebrauch ge-

macht worden, die Fahrleistungen sanken nur um 3,75 Proz. Einem Einnahmerückgang von 8,59 Proz. bei der Straßenbahn und 12,03 Proz. beim Autobusbetrieb gelang es eine Verringerung der Betriebsausgaben von 7,21 Proz. gegenüberzustellen. Der entstandene Fehlbetrag von 158 528,36 RM spricht ein sehr ernstes Wort und muß Veranlassung geben, im laufenden Jahre, wo der Verkehr, wie aus den ersten 1 1/2 Monaten zu verzeichnen ist, voraussichtlich weiter sinkt, wenn irgendmöglich die Ausgaben, so weit wie möglich zu drücken.

Für Neuanfassungen wurden stark 200 000 RM. erforderlich und des weiteren für Erneuerungen rund 86 000 RM. Die Erweiterungen erstreckten sich auf den doppelseitigen Ausbau in der Jürgen-Wullenwever-Straße sowie in der Rabeburger Allee. Die Ausstattung sämtlicher Motorwagen mit elektrischer Heizung wurde durch den Einbau in 43 Wagen beendet.

Die wirtschaftlichen Aussichten

Durch die Stilllegung des Gaswerks II, die zu Ende gehende Beschäftigungsmöglichkeit für neue Rohrverlegungen in Ziehlungen sowie durch sonstige Maßnahmen im Betriebe wurde leider eine größere Anzahl Arbeiter bei uns entbehrlich. Es wurden jedoch Entlassungen vermieden; man versuchte, die Arbeiter praktisch anderweitig zu beschäftigen, so zum Beispiel durch Abbruch der alten, in letzter Zeit nicht mehr in Betrieb gewesen und auch nicht mehr in Betrieb zu setzenden Ofenanlagen im alten Ofenhaus auf Gaswerk II, durch Umbauten auf dem Gaswerk I und Sonstiges. Verhandlungen mit der Belegschaft führten dazu, daß seit April d. J. die 44-Stunden-Woche eingeführt wurde. Auf diesem Wege wird es hoffentlich möglich sein, den alten Arbeiterstand reiflos halten zu können. Der Durchschnittsverdienst unserer Belegschaft im verfloßenen Jahre betrug für den Arbeiter der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke sowie der Straßenbahn einschließlich sozialer Zulage für Frau und ein Kind 2763,42 RM. oder pro Stunde 1,15 RM.

Die Lübecker Transport- und Müllabfuhr, an der die Städtischen Betriebe mit 300 000 RM. beteiligt sind, haben auch im verfloßenen Jahre zufriedenstellend gearbeitet.

Wenn auch ganz geringe Erleichterungen der wirtschaftlichen Lage gemeldet werden, so ist ein klarer Blick in die Zukunft nicht möglich. Die Städtischen Betriebe sind sich bewußt, daß bei der finanziellen Notlage des Staates sie den auferlegten Verpflichtungen auf Abführung von 4 300 000 RM. im laufenden Jahre zu folgen mit allen Kräften bemüht bleiben müssen. Daß dieses Ziel nur bei größter Sparsamkeit im Betrieb und auch dann nur durch eine evtl. Einschränkung der Rückstellungen sich ermöglichen läßt, ist allerdings heute schon erkennbar.

Wochenplan des Stadttheaters

- Sonntag, 14. Juni, 20 Uhr: Viktoria und ihr Husar.
- Montag, 15. Juni, 20 Uhr: Jar und Zimmermann. — Dienstag, 16. Juni, 20 Uhr: Die Wittiguldigen und Die Spieler.
- Mittwoch, 17. Juni, 20 Uhr: In der Johannisnacht. — Donnerstag, 18. Juni, 20 Uhr: Die Pilger von Mekka. — Freitag, 19. Juni, 20 Uhr: Jar und Zimmermann. — Sonnabend, 20. Juni, 20 Uhr: Die Pilger von Mekka. — Sonntag, 21. Juni, 20 Uhr: Viktoria und ihr Husar.

Billiger Zucker nur noch am Montag

Dem Hauptzollamt wird mitgeteilt, daß Zucker, der sich am 16. Juni im freien Verkehr befindet, einer Nachsteuer in Höhe von RM. 10,50 für 1 Doppelzentner unterliegt. Mengen bis zu 100 Kilogramm Eigengewicht bleiben von der Nachsteuer frei. Befinden sich mehr als 100 Kilogramm in dem Besitz eines Nachsteuerpflichtigen, so ist der gesamte bei ihm vorhandene Vorrat nachzubezueuern.

Vermögenserklärungen 1931: Die Vermögenserklärungen über das Vermögen vom 1. Januar 1931 sind in der Zeit vom 15.—30. Juni 1931 abzugeben. Auf die im amtlichen Teil der heutigen Ausgabe erscheinende Bekanntmachung des Finanzamts wird verwiesen.

Die Temperaturen in den Badeanstalten Falkendamm und Krähensteich: Wasser 19 Grad, Luft 19 Grad.

Humor

Die Reparatur

„Ist meines Mannes Hörrohr wieder in Ordnung?“
„Nein, ich sagte doch gleich, erst morgen. Braucht er es denn heute so dringend?“
„Ja — ich habe mich mit ihm zu zanken.“ (Nebelpalter.)

Auflösung des Gedankentrainings
„Die gestohlenen Münzen“

Der Diener hatte die Münzen folgendermaßen angeordnet:

5	6	3	6	5
6				6
3				3
6				6
5	6	3	6	5

Heute

- 14. Uhr im Locale des Genossen Ruche. Genosse Bohlmann spricht.
- 17. Uhr bei König. Genosse Wasserstein spricht.
- 19. Uhr bei Eomson. Genosse Kall spricht.

Wollen Sie dick bleiben?

Ihre Gesundheit weiter schädigen? Nein! Dann trinken Sie Ebus-See. Sie werden schlank auf natürliche Weise. In A. 150 in Apoth u. Droz. Bestellen Sie aber nur den echten Ebus-See. (Nebelpalter.)

Rund um den Erdball

Die Prozedur an der Freundin

Jazzmusiker Borchardt zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt

Vor dem Saarbrücker Schwurgericht begann am Freitag der Prozeß gegen den 45jährigen Kapellmeister Eric Borchardt und seinen 20jährigen Vringelger Heinz Hoffmann, beide aus Berlin. Borchardt und Hoffmann werden beschuldigt, die Freundin des Kapellmeisters, ein junges Mädchen namens Margot Candelier, fahrlässig getötet zu haben. Der Fall ist in reichliches Dunkel gehüllt. Borchardt, der früher als Jazz-Band-Direktor eine große Rolle gespielt hatte, gastierte im April 1931 mit seiner Kapelle in einem Saarbrücker Café, wo er Margot Candelier kennen lernte. Am 11. April fand die Wirtin Borchardts Margot Candelier tot auf dem Divan im Zimmer des Kapellmeisters auf. Borchardt gab bei seiner polizeilichen Vernehmung an, daß das Mädchen einen Selbstmordversuch mit Veronal begangen und er versucht habe, ihr mit Hilfe seines Kollegen den Magen auszupumpen. Da die Obduktion der Leiche ergab, daß das 20jährige Mädchen an einem Stief-Gammischlauch erstickt war, das man in ihrer Kehle gefunden hatte, schien diese Aussage des Kapellmeisters bestätigt. Inzwischen haben jedoch andere Momente der Anklage der Staatsanwaltschaft eine neue Wendung gegeben. Die Anklageschrift nimmt an, daß Borchardt seiner Freundin zu erotischen Zwecken eine starke Dosis Morphinum eingegeben hat, von der Margot Candelier bewusstlos geworden sei. Um sie wieder aufzuwecken, sei Borchardt dann mit seinem Vringelger höchst dilettantisch und fahrlässig daran gegangen, dem Mädchen mit einem Gasschlauch den Magen auszupumpen. Entweder ist der Gasschlauch bei dieser Prozedur gebrochen oder das Mädchen hat ihn im Morphinumrausch zerbitzen. Borchardt, der übrigens auch als starker Morphinist bekannt ist, und Hoffmann ließen das Mädchen in seinem hilflosen Zustand mehrere Stunden liegen.

Vor Gericht erscheinen mehrere junge Mädchen als Zeuginnen, die über das anscheinend sehr bewegte Nachleben des unglückseligen Borchardt, der sehr elegant gekleidet im Gerichtssaal erscheint, aussagen sollen. Die Vernehmung Borchardts ist sehr umfangreich. Der Angeklagte versucht dem traurigen Vorfall eine für ihn harmlose Bedeutung zu geben und behauptet, daß er seiner Freundin Morphinum gegeben habe. Es könne allerdings sein, daß die Candelier Morphinum, das er für eigene Zwecke mit nach Hause gebracht habe, gefunden und zu sich genommen hat. Borchardt will am Morgen die Candelier bewusstlos vorgefunden haben und dann mit seinem Vringelger Hoffmann, der ihn besuchte, sofort zu „Rechtungsmaßnahmen“ geschritten sein. Bei der Schilderung des Auspumpversuchs stellt der Vorsitzende fest, daß Borchardt und Hoffmann dem Mädchen einen Bürstentiel in den Mund eingeführt haben. Wie sinnlos Borchardt bei seinem „Rechtungsversuch“ gehandelt hat, beweist das wilde Durcheinander seiner Hilfsmaßnahmen.

Er goß seiner Freundin zuerst Milch und dann den Inhalt einer ganzen Flasche Cognac in den Mund. Jedenfalls steht jetzt schon fest, daß Borchardt, der bereits wegen Hehlerei und Körperverletzung zweimal vorbestraft ist, zumindestens fahrlässig gehandelt hat.

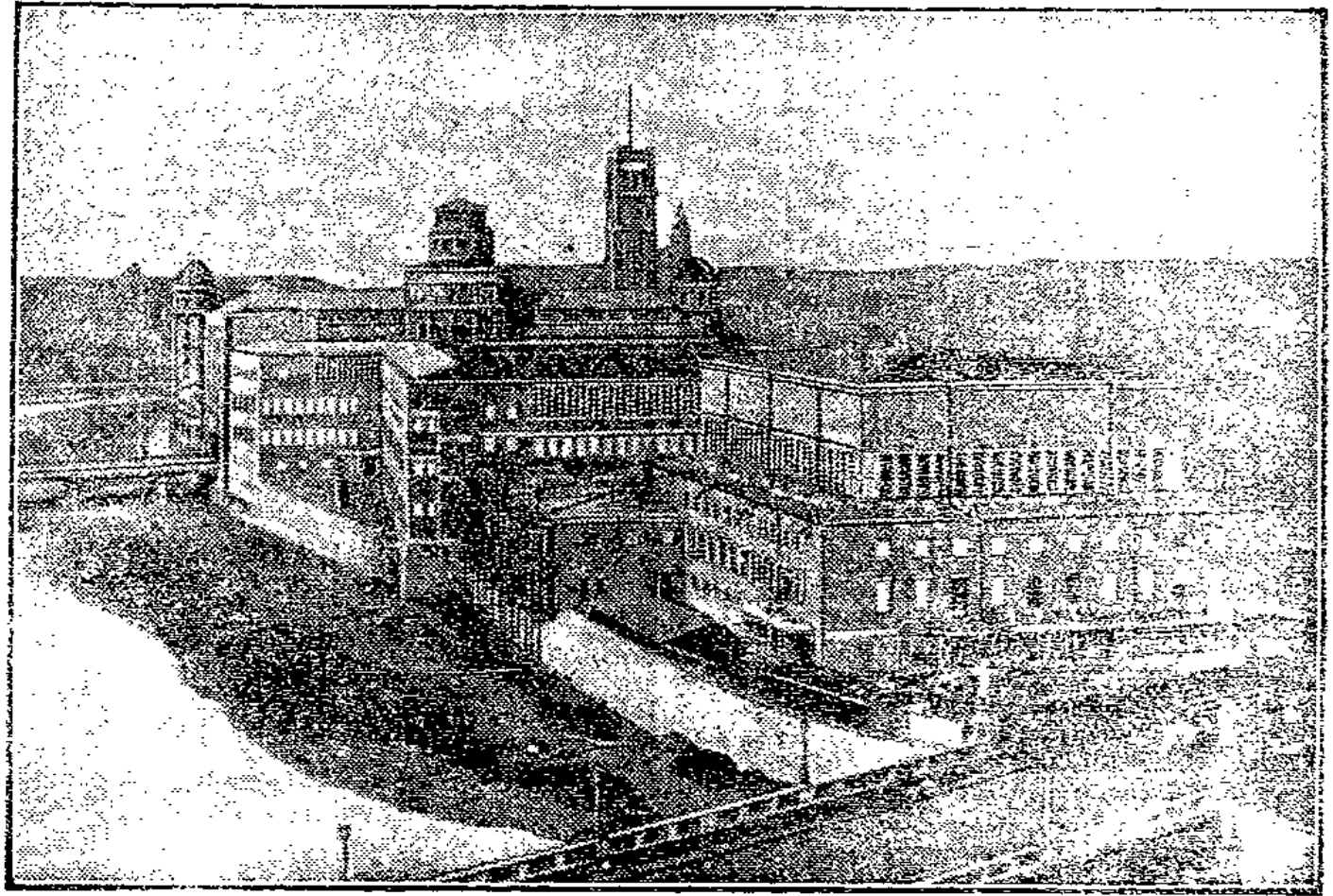
Das Urteil lautet gegen Borchardt wegen fahrlässiger Tötung zehn Monate Gefängnis und gegen seinen Helfershelfer Hoffmann drei Monate Gefängnis mit Strafausschub. Borchardt nahm die Strafe sofort an, während Hoffmann Berufung ankündigte.

Sensurdichterze

Die Filmzensur unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Boeger hat am Freitag den Erklärungs-Film „Kinder vor Gericht“ für volksbildend erklärt und ihm damit eine erhebliche Steuerermäßigung gewährt. Dieser Beschluß der Filmzensur ist um so bemerkenswerter, als der gleiche Film kurze Zeit vorher wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und wegen entstellender und verkehrender Wirkung verboten wurde. Wer soll sich in diesem Labyrinth der Zensurleute noch austennen?

Flucht vor schlechten Zensuren

Bei der Paderbener Polizei wurden 21 Knaben als vermißt gemeldet, die wegen schlechter Schularbeiten in der Schule davongelaufen sind.



Die endgültige Stätte der Glaspalast-Erfassausstellung

Ist jetzt vom Reichlichen Kultusministerium und den drei großen Verbänden der Münchener Künstlerchaft beschlossen worden: das Bibliotheksgebäude des Deutschen Museums (im Vordergund) in München wird die neue Kunstausstellung in seinen Räumen aufnehmen.



Mit dem U-Boot „Poseidon“ untergegangen

Einige Matrosen der Mannschaft des englischen U-Bootes „Poseidon“ mit ihren Familien, kurz vor der Abfahrt von Portsmouth nach China, wo jetzt das Unterseeboot mit 18 Mann Besatzung gesunken ist.



... aber ganz unter uns!

Hier scheint der Pelikan seinem Herrn etwas ganz Vertrauliches ins Ohr zu flüsteren — eine nicht ganz ungefährliche Angelegenheit für den Wärter, denn bekanntlich haben Pelikane eine außerordentliche Kraft in ihrem Schnabel.

Die Elektro-Stenotypistin

Das elektrische Dornröschen im Patentamt — Normal oder nicht normal?

Der Augsburger Ingenieur Hermann Tiefenbacher hat die elektrische Stenotypistin erfunden. Noch hat sie ihren Siegeszug durch die Welt der Büros nicht angetreten und schlummert noch in den Regalen des Reichspatentamts. Dem Erfinder fehlt das Kapital, um seine komplizierte und kostspielige Apparatur serienweise herzustellen.

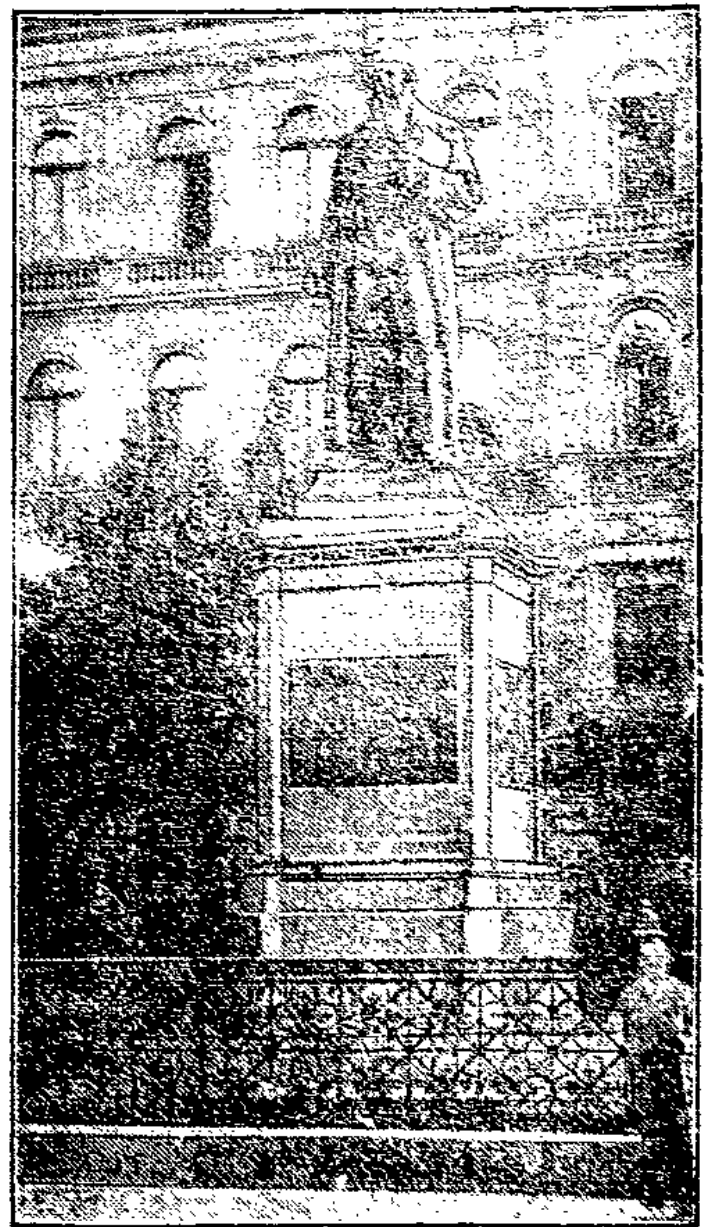
In unserer Zeit unerhörter Sensationen darf die Konstruktion dieses Apparates nicht all zu großes Erstaunen hervorrufen. Wir empfinden es als Selbstverständlichkeit, daß ein Mikrophon das gesprochene Wort aufnimmt, ein Sender es in unsichtbare Wellen umsetzt, ein Lautsprecher es Tausende von Kilometern entfernt wieder in Schall verwandelt. Nicht viel anders arbeitet die Maschine Tiefenbachers. Das gesprochene Wort setzt sich in elektrische Schwingungen um, die je nach ihrer Art bestimmte Kontakte auslösen. Diese Kontakte wirken auf eine normale Schreibmaschinentalatur. Das heißt ganz normal ist sie nicht. Denn es wird eine Unmöglichkeit bleiben, einer toten Maschine die verwickelten Regeln der Orthographie beizubringen, an denen ja die deutsche Sprache so reich ist. Sie schreibt, wie man spricht, ohne große Anfangsbuchstaben, ohne interpunktionelle und rechtschriftliche Zinnesen — also etwa im Stil eines Telegramms. Zudem erscheint natürlich jede Lautschwankung als Fehler auf dem Papier; wer also nicht imitand ist, sein Diktat im reinsten Hochdeutsch, mit hübschenmäßiger Aussprache vorzutragen, wird sein blaues Wunder erleben. Es gibt ja kaum einen Menschen, der dialektfrei spricht; wie ein störrischer Esel wird sich die Elektro-Stenotypistin, die vielleicht das Augsburger Schwäbisch ihres Erfinders „gewöhnt“ ist, gegen die Mundart etwa eines sächsischen oder rheinischen Chefs sträuben. Es wird also nichts anderes übrig bleiben, als die Arbeit dieser Maschine nochmals abzuschreiben und ins Orthographische übertragen zu lassen — und zwar von einer echten lebenden Stenotypistin. Da-

bei wäre aber kaum etwas gespart, ganz abgesehen von den ungeheuren Anschaffungskosten dieser Apparatur.

Wenn der Maschine Tiefenbachers überhaupt Bedeutung bei gemessen werden muß, dann als automatischer Stenograph in Parlamenten und Versammlungen, wo es darauf ankommt, daß kein Wort vergessen und kein Zwischenruf ausgelassen wird. Man wird allen Phasen einer öffentlichen Aussprache wortgetreu folgen können, ohne daß die Redner, wie es so oft vorkommt, einen wichtigen Satz hinterher nicht mehr wahr haben wollen und dem Stenographen einen „Hörfehler“ unterschieben.

Baufatastrophe in Polen

Beim Umbau eines dreistöckigen Gebäudes in Lodz, das für Militärzwecke hergerichtet werden sollte, wurden die alten Decken und Fußböden abgetragen. Nöcklich brach eine abgesteifte Decke im dritten Stockwerk ein und schlug durch die übrigen Geschosse hindurch, so daß sämtliche Stützpfeiler bis zum Parterre mit großem Getöse einstürzten. 14 Bauarbeiter wurden unter den Trümmern begraben; fünf mußten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus überführt werden.



Mainz feiert Gutenberg

Anläßlich des 30. Jahrestages der Eröffnung des Gutenberg-Museums in Mainz wird die Stadt vom 20.—24. Juni große Festlichkeiten unter dem Titel „Rosentage am Rhein“ zu Ehren ihres großen Sohnes veranstalten. Das Gutenberg-Museum wird eine Sonderausstellung eröffnen, und ein Gutenberg-Festspiel „Johanniswunder“ wird zur Aufführung gelangen. — Unsere Aufnahme zeigt das Gutenberg-Denkmal in Mainz.

Dienst am Staat

Als Hugo Schulz, der Bohemien unter den Sozialdemokraten, nach Pflaßberg an der österreichischen Gesandtschaft in Berlin war, trat im alten Café des Westens eine junge Desterreicherin an seinen Tisch: ihr Paß sei abgelaufen und sie benötige dringend für die Heimreise einen neuen.

Der Poet

„Theobald sendet ja seine Gedichte nicht mehr an die Zeitungen?“

In der Schule

„Kann mir jemand einen bekannten Schlachtopf in Bayern nennen?“

Im Walde

„Hallo, guter Freund, gib's denn in dieser Gegend keinen Waldmeister?“

Marktberichte

Hamburger Getreidebörse vom 12. Juni. (Bericht des Vereins d. Getreidehändler der Hbg. Börse.) Da über die neuen Maßnahmen der Regierung noch immer keine Klarheit herrscht, verfehrt die Markt unruhig und abwartend.

Vieh, Rendsburg, 11. Juni. Ferkelmarkt: Die Zufuhr betrug 558 Stück gegen 602 Stück in der Vorwoche. Es wurden gezahlt für schwere Ware 0,41-0,43 RM., mittelschwere Ware 0,39-0,45 RM., leichte Ware 0,45-0,46 RM. für das Pfund Lebendgewicht.

murden gezahlt für mütterliche Käber 20-25 Pf., für ältere Käber bis 50 Pf. das Pfund Lebendgewicht.

Wasserstände der Elbe

Table with 2 columns: Location (e.g., Nimburg, Brandeis, Meinitz) and Water Level (e.g., 0,02, 0,17, 0,44).

Geschäftliches

Endlich junges Gemüse! Nun kann die Hausfrau das Mittagmahl wieder abwechslungsreicher gestalten.

Redaktion des Wäbder Volksboten: Leitung: Dr. J. Leber, M. d. R., Politik und Wirtschaft: Dr. F. Solmig; Lokaler Teil und Feuilleton: Hermann Bauer.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten

Der Senat hat den Kontrakt bei dem Mexikanischen Generalkonsul in Hamburg José Argentinian auch für das kubanische Staatsgebiet anerkannt und zugelassen.

Am Sonntag, dem 14. Juni d. J., von 11 1/2 bis 18 Uhr wird die öffentliche Kasse der Poststraße zwischen der Wislandbrücke und der Brücke über den St. Jürgen-Saßen geöffnet.

Bekanntmachung

Über die Frist für die Abgabe von Vermögensverpflichtungen über das Vermögen vom 1. Januar 1931 sind in der Zeit

Vom 15. bis 30. Juni 1931 kann die Abgabe der Vermögensverpflichtungen über das Vermögen vom 1. Januar 1931 in der Zeit

Konkursöffnung

Unter der Leitung des Kaufmanns Ernst Vogt, Konkursverwalter der Firma Schmidt & Co. in Lübeck, wurde am 12. Juni 1931, 9 1/2 Uhr, der Konkurs eröffnet.

Die Gläubiger sind zur Anmeldung ihrer Forderungen am 12. Juni 1931, 9 1/2 Uhr, im Konkursamt in Lübeck zu erscheinen.

Die Gläubiger sind zur Anmeldung ihrer Forderungen am 12. Juni 1931, 9 1/2 Uhr, im Konkursamt in Lübeck zu erscheinen.

Die Gläubiger sind zur Anmeldung ihrer Forderungen am 12. Juni 1931, 9 1/2 Uhr, im Konkursamt in Lübeck zu erscheinen.

Sache in Besitz haben, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verbriefen. Auch wird ihnen die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 10. Juli 1931 Anzeige zu machen.

Lübeck, den 12. Juni 1931. Das Amtsgericht, Abteilung II

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsversteigerung sollen folgende Gebäude durch das unterzeichnete Gericht an Gerichtsstelle Große Burgstraße 4, Zimmer 9 versteigert werden:

1. Breite Straße Nr. 53 und Johannisstraße Nr. 5, groß 6 a, 43 qm, im Grundbuche von Lübeck, innere Stadt, Blatt 746 auf den Namen der Wwe. Marie Annerie Wilhelmine Strahl, geb. Rassew in Lübeck eingetragen, erste Beschlagnahme am 8. April 1931.

2. Schildstraße Nr. 5, groß 1a 10 qm, im Grundbuche von Lübeck, innere Stadt, Blatt 1677 auf den Namen der Ehefrau des Kaufmanns Friedmann Frido Eißner, Emilie Johanna Eißner geb. Ruch Hedwig, geb. Ruch in Hamburg eingetragen, erste Beschlagnahme am 22. Mai 1931.

3. Das Erbbaurecht an dem Grundstück Vorderer Fichteln Nr. 23, groß 1 a, 0 qm, im Grundbuche von Lübeck, Stadtteil Südnis-Serrenant, Gemarkung Südnis, Blatt 263 auf den Namen des Heizers Kurt Franz Weichmann in Lübeck eingetragen, erste Beschlagnahme am 23. Mai 1931.

4. Das Erbbaurecht an dem Grundstück Vorderer Fichteln Nr. 9, groß 1a, 46 qm, im Grundbuche von Lübeck, Stadtteil Südnis-Serrenant, Gemarkung Südnis, Blatt 263 auf den Namen des Arbeiters Gustav Gantowitsch in Pommernbühl eingetragen, erste Beschlagnahme am 23. Mai 1931.

5. Das Erbbaurecht an dem Grundstück Heineg Nr. 72, groß 7 a, 87 qm, im Grundbuche von Lübeck, St. Gertrud, Blatt 130 auf den Namen des Zimmermanns Hermann Schile in Lübeck eingetragen, erste Beschlagnahme am 13. Mai 1931.

Lübeck, den 12. Juni 1931. Das Amtsgericht, Abt. II

Das Erbbaurecht an dem Grundstück Niendorfer Straße Nr. 168, groß 11 a im Grundbuche von Lübeck, Stadtteil Moisling, Blatt 426 auf den Namen der Wwe. des Arbeiters Emil August Wilhelm Püßow, Paula Magdalena geb. Sorgenfrei in Moisling eingetragen, erste Beschlagnahme am 22. Mai 1931.

7. Megdienstraße Nr. 40, groß 59 qm, im Grundbuche von Lübeck, innere Stadt, Blatt 1673 auf den Namen des Fensterreinigers Gustav Hans Karl Will in Lübeck eingetragen, erste Beschlagnahme am 7. März 1931.

8. Richte Querstraße Nr. 26, groß 30 qm, im Grundbuche von Lübeck, innere Stadt, Blatt 2162 auf den Namen des Schlossers Hermann Fris Karl Dankert in Lübeck eingetragen, erste Beschlagnahme am 9. Dezember 1930.

9. Zweite Wallstraße Nr. 13 und 15, groß 18a, 57 qm, im Grundbuche von Lübeck, innere Stadt, Blatt 1933 auf den Namen des Zimmermeisters Konrad Friedrich Wilhelm Böttger in Lübeck eingetragen, erste Beschlagnahme am 29. April 1930.

10. Schönkampstraße Nr. 11, groß 6 a, 39 qm, im Grundbuche von Lübeck, St. Gertrud, Blatt 352 auf den Namen des Arbeiters Bernhard Ludwig Georg Schmidt in Lübeck eingetragen, erste Beschlagnahme am 26. März 1931.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden, und wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Eintragung des Beschlages die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Lübeck, den 12. Juni 1931. Das Amtsgericht, Abt. II

Guterh. elekt. Lampe billig zu verkaufen Georgstraße 22 ptr. 6559

W. B. Kamnichen u. Stall zu verk. 6559 Gg. Lohberg 58, II

Gutfressende Ferkel zu verkaufen. 6550 Kronsfordter Allee 92

1a Ferkel billig Arnimstraße 19 6555

Verschiedene AAAAAAAAAAAAAA

Merzll. Sonntagsdienst Dr. Pühmeyer, Marktstr. 13

Sonntagsd. der Zahnärzte von 10-12 Uhr Dr. Stedt, Sandstr. 16

Reichsböck d. Dentisten Sonntagsd. 10-12 Uhr Berta Frankenthal, Königstr. 100

Sonntagsd. d. Apotheker Johannstraße 18 6540

Rageburger Allee 4 Schwarntauer Allee 48 Moislinger Allee 52

Dr. Singelmann von der Reise zurück

Dr. Lüth zurück

Dr. Wagner Facharzt für Chirurgie u. op. Frauenkrankheiten zurück

Zu Feierlichkeiten werd. Gehrock-, Cut-, Smoking- und Frackanzüge vermietet. 6554 Johanni, Petri-Kirchhof 7

Fahrräder, An- u. Verkauf Gramophon 20 M. und gut erh. Trittnähmaschine billig Feddern. 6550 Bedergrube 57 I 51g

Antertigen u. Ändern einjacher Damen- u. Kinder-Garderobe in und außer dem Hause. 6555 Eichenburgstr. 27 a. 1

Di. Dienstag, Freitag Eimerbier Brauerei Wicken und Niederlagen.

Schlafzimmer in all. Holzarten imit. 225.- 275.- 350.-

Wohn- u. Schlafz. in einj. Holzarten imit. 225.- 275.- 350.-

Wohn- u. Schlafz. in einj. Holzarten imit. 225.- 275.- 350.-

Wohn- u. Schlafz. in einj. Holzarten imit. 225.- 275.- 350.-

Wohn- u. Schlafz. in einj. Holzarten imit. 225.- 275.- 350.-

Schulzahnpflege

Der Reichsverband Deutscher Dentisten weist alle Eltern der Schulzahnpflege versorgten Kinder darauf hin, daß ungeachtet der Untersuchung durch einen Zahnarzt nur den Eltern das Recht zusteht, zu bestimmen, wer die Behandlung resp. auch Untersuchung ihrer Kinder vornehmen soll.

B. Boysen, Moislinger Allee 7. W. Brodersen, Schwartauer Allee 3c. R. Düffer, Breite Straße 46.

L. Fricke, Fackenburg Allee 1. Frau Berta Frankenthal, Königstr. 100. R. Hofmann, Hüxstraße 12-14.

W. Koch, Mühlenbrücke 3. J. Lange, Beckergrube 4. K. Marcks, Breite Straße 56.

R. Rylewsky, Pferdemarkt 4. W. Rylewsky, Moislinger Allee 5a. K. Seeler, Sandstraße 14.

A. Soltmann, Schüsselbuden 14. K. Strauß, Breite Straße 63. H. Tauchert, Beckergrube 3.

H. Thomsen, Fleischhauerstraße 4. H. Willruth, Geibelplatz 4. Heiner Willruth, Hüxerdamm 22.

E. Walzenbauer, Schüsselbuden 32. W. Wiebe, Travemünde, Neustraße 3.

Bezugnehmend auf diese Notiz erklären unsere auswärtigen Mitglieder, daß auch sie die Behandlung im Rahmen der Schulzahnpflege vornehmen, und zwar in:

Ahrensböck: C. Becker, Plöner Straße 92. Bad Schwartau: B. Adler, Lübecker Straße 34. H. Schwabower, Lübecker Straße 27a.

Eutin: M. Andruleit, Peterstraße 19. V. Henkel, Auguststraße 35. C. W. Petersen, Plöner Straße 6. H. Wulff, Peterstraße 19.

Lauenburg, Elbe: Frau Ch. Böhmer, Hohlweg 5. J. A. W. Grandt, Hamburger Straße 27. H. Schmidt, Hamburger Straße 38.

Mölln: C. Günther, Bahnhofstraße 43. P. u. H. Vettereck, Bauhof 7. Ratzeburg: Fri. M. Frost, Langenbrücknerstr. 8. E. Suwe, Herrenstraße 17.

Reinfeld: Bernhard Baumgart, Neustraße. Fackenburg: G. Paetow, Segeberger Straße 22.

Reichsverband Deutscher Dentisten

Bezirk Lübeck

Öffentliche Versteigerung Montag, den 15. Juni, 15,30 Uhr, werde ich in Harmsdorf

1 Büfett meistbietend gegen Barzahlung versteigern. Kauflustige wollen sich bei der Gastwirtschaft einfinden. Thiel, Gerichtsvollzieher.

Leihhaus-Versteigerung Dienstag, den 16. Juni 1931, morgens 9 1/2 Uhr, im Leihhaus Bedergrube 80

100 V. Lenschow-Jubiläums-Anode 7.28 120 V. Daimon-Dreiblitz 9.60

Anodenbatterien billig! Mein Anodenstromspärer DRP a. DRGM

Radiohaus Adon L. Lehmsiek Niederlage von Radio-Lenschow Königstraße 65/67 Telefon 22 950

Advertisement for clothing: Kleider, Mäntel, Blusen, Röcke, Dargest.

Advertisement for clothing: Kleider, Mäntel, Blusen, Röcke, Dargest.

Advertisement for insurance: Klingenberg 3/9

Advertisement for real estate: Vermietungen 3 gr. Räume

Advertisement for real estate: Verkäufe

Advertisement for real estate: 2 gl. Holzbettstellen

Advertisement for real estate: 2-Zimmerwohnung

Advertisement for real estate: 2-Zimmerwohnung

Advertisement for real estate: 2-Zimmerwohnung

Lehrlingshaltung im Handelsgewerbe in Lübeck

Lübeck hat prozentual die höchste Zahl von erwerbslosen Angestellten Der Lehrling als billige Arbeitskraft

Eingabe der Verbände

Die vier Handlungsgehilfenorganisationen haben an den Senat folgende Eingabe gerichtet:

Mit wachsender Sorge haben wir feststellen müssen, daß die Zahl der noch in Arbeit stehenden kaufmännischen und Büroangestellten in fast allen Firmen der Industrie sowie des Großhandels und Einzelhandels immer mehr und mehr zurückgeht, während die Zahl der Lehrlinge sogar noch weiter steigt.

Diese seit langer Zeit von uns beobachtete Tatsache hat uns zu der Überzeugung geführt, daß die Lehrlingshaltung vielfach nicht erfolgt, um den notwendigen Nachwuchs an kaufmännischem Personal heranzubilden, sondern sehr oft geschieht, um

billige Arbeitskräfte für längere Zeit zu haben.

Die Folge zeigt sich darin, daß ältere und erfahrene Angestellte ihre Arbeitsplätze aufgeben müssen und kaum Aussicht haben, in den Produktionsprozeß wieder eingeschaltet zu werden.

Die vermehrte Lehrlingshaltung einerseits, sowie die Entlassung sachlich qualifizierter Kräfte andererseits, die nicht immer durch die Verhältnisse des Betriebes bedingt sind, wirkt sich besonders in der Ausbildung der Lehrlinge aus. Sehr oft können wir bei vielen Lehrlingen nach beendeter Lehrzeit feststellen, daß

die Ausbildung recht mangelhaft oder einseitig

war und für die weitere Berufstätigkeit sich äußerst hemmend auswirkt.

Zwar bestehen tarifliche Regelungen über die Zahl der zulässigen Lehrlinge im Einzelhandel und Großhandel; diese Bestimmungen werden jedoch — namentlich im Einzelhandel — sehr oft umgangen, da eine Strafbestimmung nicht vorhanden ist.

Wir beantragen daher, Hoher Senat möge entsprechend den Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung §§ 128 Abs. 2 und 139 Abs. 1 als oberste Landesbehörde eine Verordnung über die Höchstzahl der Lehrlinge im Handelsgewerbe erlassen, sowie ferner denjenigen Firmen, die bereits eine hohe Zahl von Lehrlingen beschäftigen, für die nächsten Jahre die Einstellung von Lehrlingen unterlagen gemäß § 128 Abs. 1 der Reichsgewerbeordnung.

Wir werden uns erlauben, Hohem Senat den Entwurf einer nach unserer Auffassung tragbaren Regelung zu unterbreiten, und verweisen ferner auf die Bekanntmachung über die Höchstzahl der Lehrlinge im Handelsgewerbe in Hamburg (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt vom 31. Mai 1925, Nr. 60, Seite 279).

Zur Begründung unseres Antrages erlauben wir uns noch folgendes zu bemerken:

In der Stadt Lübeck sind Ostern 1931 etwa 330 Lehrlinge neu in den Beruf eingetreten.

Die Zahl liegt über der vorjährigen. Die Nachfrage nach kaufmännischen Lehrlingen war jedoch noch stärker.

Entlassen wurden nach beendeter Lehrzeit 60 Lehrlinge, sie mußten reiflos neuen Lehrlingen Platz machen. Hier ist jedoch noch nach den Erfahrungen der letzten Jahre damit zu rechnen, daß 20—30 Angestellte, die Ostern ihre Lehrzeit beendeten, ebenfalls noch zur Entlassung kommen, weil neu eingestellte Lehrlinge bis dahin genügend eingearbeitet sind.

Wie sehr die Zahl der Lehrlinge in einem trassen Mißverhältnis zur Zahl der Angestellten steht, zeigen einige Beispiele aus einer Erhebung, die wir vor kurzem durchführten.

Die Firma Karstadt, Breite Straße, beschäftigt heute insgesamt 400 Angestellte, darunter befinden sich allein 140 Lehrlinge. Von den verbleibenden 260 Angestellten sind rund 60 sogenannte anzulernende Hilfskräfte, die also auch eine kaufmännische Lehre nicht absolviert haben. Daraus ergibt sich, daß auf je einen gelernten Angestellten ein ungelernter bzw. Lehrling kommt.

Nach den tarifvertraglichen Vereinbarungen dürfte diese Firma höchstens 50 Lehrlinge halten. Die zulässige Zahl ist also um 90 überschritten, so daß hier die Bestimmungen des § 128 Abs. 1 der Gewerbeordnung mindestens für eine Sperrfrist von zwei Jahren in Kraft treten müßten.

Im Holstenhaus sind bei 120 Angestellten 28 Lehrlinge beschäftigt, zulässig wären höchstens 18 Lehrlinge.

Die Firma A. Haerder & Co. beschäftigt bei 60 Angestellten ebenfalls 25 Lehrlinge, zulässig wären höchstens 12 Lehrlinge. Heid & Schmalz beschäftigt bei 25 Angestellten 14 Lehrlinge, zulässig sind höchstens 7 Lehrlinge.

Diese Beispiele zeigen, wie notwendig eine Regelung dieser Frage ist, die vor allem auch der Handels- und Gewerbekontrolle die Möglichkeit zu einer wirksamen und erfolgreichen Arbeit gibt.

Das Mißverhältnis führt, wie bereits erwähnt, dazu, daß in vielen Fällen die Ausbildung sehr zu wünschen übrig läßt.

Vor allen Dingen aber wird hierdurch eine so große Zahl von Angestellten in Lübeck herangebildet, die unmöglich auf die Dauer hier Beschäftigung finden können.

Die Zahl der erwerbslosen Angestellten in der Stadt Lübeck betrug am 1. Juni 1865 (1180 männliche und 485 weibliche) oder rund 1,3 Prozent der Bevölkerung. In der Stadt Kiel wurden am gleichen Tage 2486 (1748 männliche und 738 weibliche) erwerbslose Angestellte gezählt, oder rund 1,1 Prozent der Bevölkerung. Mehrfach liegen auch die Verhältnisse in der Stadt Hamburg. Hier sind 10 150 Angestellte erwerbslos oder 0,9 Prozent der Bevölkerung.

Die Stadt Lübeck hat die höchste Zahl der erwerbslosen Angestellten in Nordwestdeutschland

und wird im Reich nur von einigen besonders stark gefährdeten Städten überflügelt.

Die wirkliche Not ist jedoch erst erkennbar, wenn man die Zahl der Unterstützungsempfänger feststellt. Es erhielten von den 1865 erwerbslosen Angestellten Arbeitslosenunterstützung rund 47 Prozent, Krisenunterstützung 16 Prozent, während 37 Prozent vollkommen aussteuert sind. Von diesen 37 Prozent erhalten rund 17 Prozent Wohlfahrtsunterstützung, 20 Prozent erhalten keinerlei Unterstützungen.

Neben anderen Maßnahmen ist daher nach unserer Auffassung der Erlass einer Verordnung zur Beschränkung der Lehrlingshaltung im Handelsgewerbe unerlässlich.

Wir dürfen daher wohl der Erwartung Ausdruck geben, daß entsprechend unserem Antrage baldigst der Erlass einer Verordnung erfolgt. Zu weiteren mündlichen Verhandlungen sind wir bereit.

Wegen der Wichtigkeit dieser Frage haben wir den Funktionen der Bürgerkammer Abschrift dieser Eingabe überhandt.

**Zentralverband der Angestellten vom Hoff
Gewerkschaftsbund der Angestellten
Schmidke
Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband
W. Schäfer
Verband weiblicher Handels- und Büroangestellter
i. B. Hertha Wepfer**



Die Altonaer Kindesräuberin Das Drama einer Schicksalsverfolgten

Altona, 12. Juni

Eine weinende Frau steht vor dem hiesigen Schöffengericht. Außerlich ein robuster Typ. Innerlich gebrochen.

Der Vorsitzende ermahnt sie:

„Halten Sie doch nicht dauernd Ihr Taschentuch vor den Mund! So kann man Sie ja gar nicht verstehen!“

Die Angeklagte nimmt sich zusammen, beherrscht sich. Sie erzählt ihr Leben, ihre Tat. Wieder beginnt sie zu weinen, zu schluchzen.

Die Angeklagte, Frau D., ist die Altonaer Kindesräuberin. So also sieht eine Kindesräuberin aus. Ihre Haare sind gelb gefärbt. Sie wirkt lässlich, sichtlich. Frau D. ist Ende Dreißig. Sie stammt aus der Elbinger Gegend. Ihr Vater ist Landmann. Bis 1914 blieb sie im Elternhaus. Dann kam die russische Dampfwalze. Sie mußte flüchten. 1918 heiratete sie. Die Partie soll nicht „standesgemäß“ gewesen sein. So gab es Krach mit den Eltern. 1926 ging auch ihre Ehe in die Brüche. Aus dieser Ehe stammt übrigens ein Mädchen.

Nach der Scheidung begann ein unstetes Leben. Als Haushälterin zog sie von Haushalt zu Haushalt. Überall will sie sichtlich belästigt worden sein. Überall — sagt sie — wurden die Männer „froh“. Möglich. So sind die Männer. Da kann man nichts machen. Doch da kann man was machen. Man macht eben nichts. Das tat sie auch. Überall ging sie züchtig ihres Weges — sagt sie. Möglich. Nur einmal gab sie nach, ließ sie mit dem Sohn des Landmannes F. ein. Doch der alte F. wollte auch mal... Na ja. Na ja. Da zog sie weiter. Wieder von Haushalt zu Haushalt.

Eines Tages (wahrscheinlich eines Nachts) wurde ihr die Gefügigkeit aber zu bunt. Sie wollte nicht mehr „belästigt“, nicht mehr in Stellung sein. Sie wollte raus aus dem Milieu: „Haushälterin für frauenlosen Haushalt gesucht.“ Etwas später war sie eine anständige Frau. Und weil sie eine anständige Frau war beschloß sie, nur noch von Altona zu leben. So ging sie „reife und unschuldig“ zum Standesamt in Altona, meldete die Geburt eines Kindes an. Auf der Chaussee zwischen Heiderberg und Altona habe sie einen Jungen geboren. Das war zwar Schwindel. Aber der gutgläubige Standesbeamte stellte der Geburtschein aus. Was sollte er auch anders machen? Nur wandte sie sich an den Amtsvormund in Dinnberg: der Sohn des Landmannes F. sei der Vater ihres Kindes.

Alimentenprozeß. „Eine traute Liebesnacht 16 Jahre Kosten macht.“

Der junge F. wurde verdonnert. 90 Mark sollte er vierteljährlich zahlen. Das genügte ihr aber nicht. Sie klagte nochmals verlangte Erhöhung. Jetzt beginnt die Katastrophe. Der junge F. wehrt sich verzweifelt. Es existiere überhaupt kein Kind. Das Gericht stellt Nachforschungen an, forderte eine Lebensbescheinigung. Frau D. nahm — und zwar in Bremen — das erste beste Nachbarskind. zeigte es der Polizei. „So, das ist mein Junge!“ Die Polizei bestätigte die Existenz des Kindes. Aber es ging ihr nun wie Gretchen: Ihre Ruh war hin. Ihr Herz war schwer. So nahm sie wieder eine Stellung an, ging nach Wolterdingen. Auch hier wollte die Polizei ihr Kind sehen. Da holte sie zur letzten großen Schlag aus. Sie fuhr nach Altona und besorgte sich eben einen Jungen. Mit größter Raffiniertheit entführte sie den dreijährigen Walter Möller, nahm ihn mit nach Wolterdingen, war lieb und nett zu ihm. Nun bescheinigte auch der Gemeindevorsteher in Wolterdingen die Existenz des Kindes. Inzwischen suchte die Polizei fieberhaft. Nur durch Zufall fand sie den Jungen wieder. Frau D. wurde verhaftet.

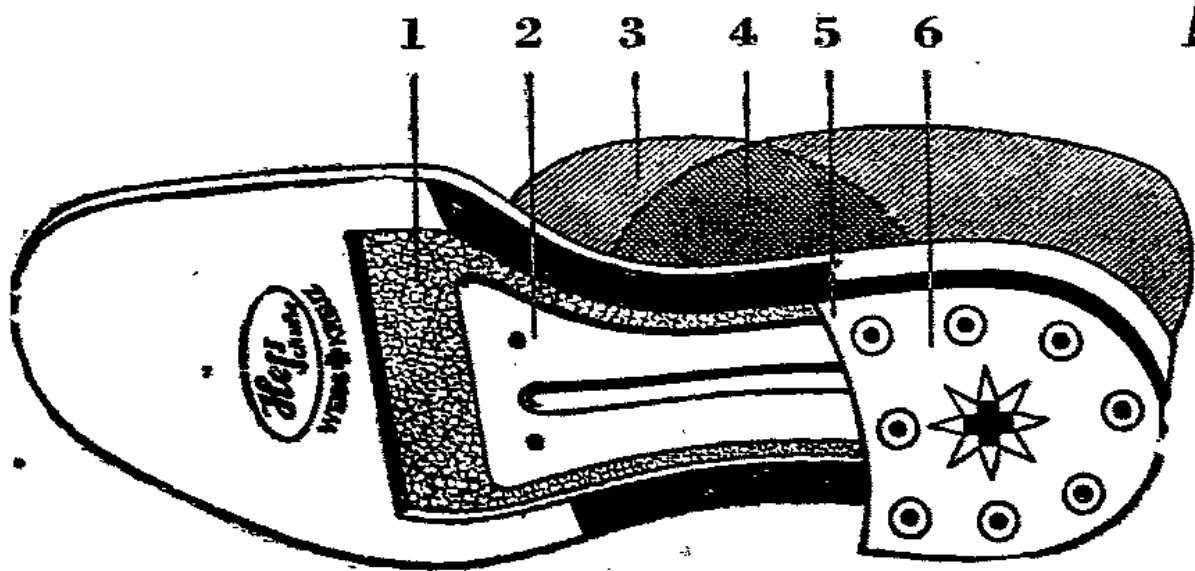
Nun steht sie vor dem Schöffengericht, weint und schluchzt. Aus der „Meinen“ Alimentenschlebung ist ein Nattenschwanz von Delikten geworden.

Der Staatsanwalt beantragt eine Gesamtstrafe von zwei Jahren, neun Monaten Zuchthaus.

Der Verteidiger (Rechtsanwalt Bachmann) kämpft auf verlorenem Posten. Die Delikte sind nicht wegzuläugern. Da sind drei gewinnstüchtige intellektuelle Urkundenfälschungen (Geburtschein und die beiden Lebensbescheinigungen). Da ist zweimal Betrug durch Täuschung des Prozeßrichters in den Alimenten-

Hess-Weiss-Kreuz-Schuhe für empfindliche Füße

Bequem und gesund, eine Wohltat im Sommer!



- 1 Kork-Zwischenlage - Kein Brennen u. Schmerzen d. Sohlen.
- 2 Stahlgelenk - Verhindert Durchtreten und Senkung.
- 3 Hochgewalkte Brandsohle - Der Fuß ruht auf einer stützenden Wölbung und hat festen Halt.
- 4 Verlängerte Hinterkappe - Schützt vor Ermüdung.
- 5 Verlängerte Absatz-Innenseite - Verhütet durch große Auftrittfläche Umknicken.
- 6 Gummiabsatz bei vielen Modellen - Macht das Gehen elastisch und angenehm.

NUR 16.⁶⁰ FÜR DAMENSCHUHE

NUR 18.⁸⁰ FÜR HERRENSCHUHE

Lübeck, Breite Straße 83

Hess Schuhe

Der Rote Eulenspiegel

Lübeck in Zahlen

Sieben Kirchtürme sprechen in Lübeck,
die speichen den Himmel auf,
ich habe sie gezählt, es stimmt genau,
verlaßt euch darauf.

Die „Breite“ ist eng. Dafür macht man
die Königstraße zwei Meter breiter.
Wenn es nicht regnet, mir liegt das im Gefühl,
ist das Wetter heiter.

Neben mir nicht von den acht Gerichtsvollziehern
und den zwei Duzend Pastoren,
die den Leuten schwer im Magen liegen
bzw. hörbar in den Ohren.

Vier Löwen beunruhigen die ruhige Stadt.
Schlafen zu zweit, krühen und warten.
Die Herrschaften haben recht. Es wird
höchste Zeit, daß er kommt, der Tiergarten!

Je 43 Personen können sich, nach der Statistik,
in einem Kraftfahrzeug aasen.
Es fragt sich nur, wie viel davon
haben wohl die Kraft, es zu bezahlen?

Alle sechs Stunden wird einer beerdigt.
In Borwerk, vorm Burgtor, dritter
resp. „Polsterklasse“ unter Kieder,
Punkt. Streuen wir Sand darüber.

Wenn es heiß ist, ist man Eis.
trinkt zwei, drei Brauselimonaden,
oder geht nach Falkendamm
mit einer Badehose baden.

Lude Herold.



Proletenansturm auf den Sonderzug

auf die Suben und Almen und wurde mit dem Erzählen nimmer
fertig.

Eines Tages kam der Geschichtschorsch zum Ortsvorsteher
und fragte ihn, ob er nicht den Streifen Wald zwischen dem
Graben und der Paulkammhöhe kaufen könne. Er erstand ihn
für 100 Gulden, die er auf den Tisch bar hinlegte. Acht Tage
später kamen Herren aus Graz, die im Berg eifrig herumloscher-
ten. Der Geschichtschorsch hatte Graphit gefunden. Schönen,
schwarzen Graphit. Und gleich darauf, nachdem die Herren
wieder abgereist waren, erzählte er beim Spannbauern, der
etwas vom Geschäft verstand, weil er die Wolle des Dorfes auf-
kaufte, daß er in zwei Tagen dreitausend Gulden verdient hätte.
Der Geschichtschorsch.

Wer heute in den Graben kommt, feht eine Mühle stehen.
Der Graphit geht bis nach England und noch weiter. Der Ge-
schichtschorsch kann das Geschichtenerzählen nimmer lassen. Aber
er erzählt sie heute seinen eigenen Kindern. Nur ab und zu
geht er noch in die Stuben, wenn die Leut' Wolle zupfen oder
Maiskolben reiben. Und dann erzählt er die Geschichte von
einem kleinen, budligen Bürschel, das seinen Vater und keine
Mutter kannte, aber hingelaufen ist bis zum Sultan nach Afrika
und noch weiter, wo die Mannsbilder drei Frauen haben und
noch mehr, wenns Geld langte.

Und was das Schönste ist. Er lebt heute noch, der Ge-
schichtschorsch. Und einmal hat er seinem Chauffeur — der
Schorsch besitzt schon längst ein Auto — eine Geschichte erzählt,
wie er mit dem Kamel unterwegs war und das Kopf des Sul-
tans gesucht hatte, der ihm dann das Los der französischen
Lotterie geschenkt hatte, worauf der große Gewinn fiel.

Besucht einmal den Schorsch und laßt Euch von ihm die Ge-
schichte erzählen!

Die Scharfmacher

Auf einer Tagung des Düsselbörse, Langnam-
vereins der Schwermetallhändler wurde die Politik
ausgebehandelt. Wir mühen uns emporgearbeitet!

Als grade wir in Leipzig tagten,
Da sahen, von der Gegenzug,
Zufällig auch vor ihren Alken
Die Herren Industriebarone.

In dem erhellenden Bestreben,
Nicht nur das Nehmen zu erproben,
Da haben sie auch mal gegeben:
Den Ratsschlag: Hungert euch nach oben!

Tawohl, der Schrei nach bestem Schmachten
Erging an unsre Adressen,
Wenn jene uns sich so betrachten,
Da find wir viel zu vollgefrissen.

Wie wäre das wohl zu kurieren?
Die Republik ist auszuschalten,
Das Volk muß den Diktator spüren,
Den sie dann an der Strippe halten.

So seh'n wir Sinn im Namen wohnen
Des Langnamklubs der Kräfteführer:
Lang nam h im alle Illusionen
Kon der Vernunft der „Wirtschaftsführer“.
Hans Bauer.



Der deutliche Wohlthäter

Und seh' ich euch liegend vor mir und arm,
Fliegt mir durch die Kermel die Güte so warm,
Dann schmelzen mir unter brennenden Schmerz:
Zwei Bakern blutstropfengleich vom Herzen.
Ihr seht, es ist keine leichte Geburt,
Denn gebt die zwei Bakern nicht leichtjännig furt.
(„Rebelspalter“.)

Neue Steuern

Von Fritz Müller, Chemnitz

Die allgemeine Geldnot, in der sich Reich, Länder und Ge-
meinden befinden, veranlaßt, neue Steuerquellen zu erschließen.
Eine Rundfrage an nachstehende Persönlichkeiten ergab folgende
Vorschläge.

Der Freund von Ruhe: Steuer auf Musikinstrumente,
Grammophone und Radio.

Der Fleischer: Kohlfleischer.
Vater von sieben unversorgten Töchtern:
Junggefellenteuer bis zur Höhe von drei Viertel des Ein-
kommens.

Karlchen Miesnick: Steuer auf Erreichung des Klassen-
ziels, auch Beresungssteuer genannt.

Die Maus: Kassensteuer.
Der Automobilist: Fußgängersteuer, denn die sparen
eine Menge Geld!

Der Parlamentspräsident: Rede-, Schimpf- und
Zwischenrufersteuer.

Der Einbrecher: Steuer auf Sicherheitsklüpper, Warm-
vorrichtungen, Panzertüren usw.

Der Nazi: Steuer auf jüdische Blutförpchen.
Der Gastwirt im Stadtiern: Wochenendsteuer.
Der Meteorolog: Leuchtschreibersteuer.

Der Beamte: Querculantsteuer.
Der Schuhmacher: Steuer für Farbfußgehen.
Der Weiberfeind: Kupfersteuer.

Die Blumenverkäuferin: Wiesengartensteuer.
Der Deutschlehrer: Fehlersteuer.
Der Brictträger: Steuer für Trudiamen, Wurfen-
dungen usw.

Die Hausfrau: Steuer für Stammtische, Vereine und
Verjammungen.

Die Telefonistin: Steuer auf unnütze Telefonges-
prache.

Einer, der nichts geworden ist: Titel- und Amis-
bezeichnungsteuer.

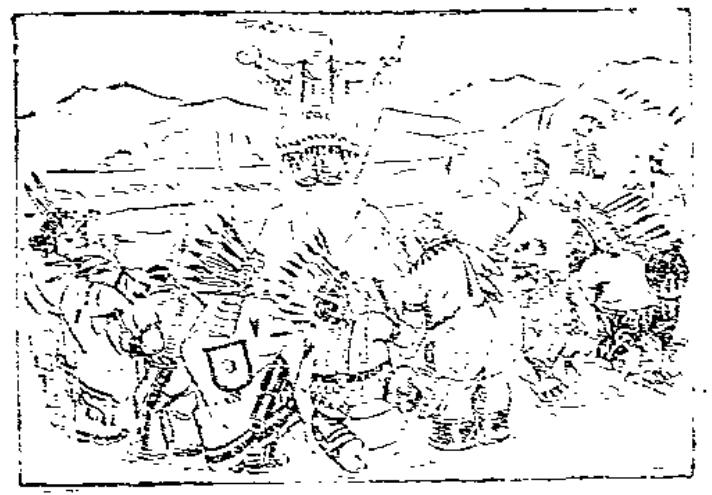
Sprachvereinsmitglied: Steuer auf Fremdwörter,
Amis- und Kaufmannsdeutsch.

Freund klassischer Musik: Tassonanzsteuer für
Reutöner.

Der Naturmensch: Steuer auf gemalte Lippen und
Augenbrauen und anderen Modeanstrich.

Der Barbier: Selbsthärtersteuer.
Der Steuerbeamte: Steuer für Steuerhinterziehun-
gen auf der einen und undurchführbare Steuerentwürfe auf
der anderen Seite.

Jeder Einzelne: Steuern, die der andere zu be-
zahlen hat!



Die Friedenspreise Menikow-Hendersons

Alle Völker sind am Henderien versammelt und hören mehr
oder weniger auf seine Rede. (Die Sympathien des ausge-
sprochen deutschfreundlichen „Daily Express“ sind auf Seiten von
Germany und Austria, die durch Frankreich, Polen und Tscheko-
Slowakei bedrängt werden.) („Daily Express“.)

Im Kriege

Mein Freund Christian ging in einen Fleischladen und
fragte: „Haben Sie gefahtes Schweinefleisch?“
„Ja, das gönnen Sie bei mir haben. Wie viel soll's denn
sein?“

„Ein Viertel. Zeigen Sie mal — ist das nich; ein bißchen
sehr fett?“

„Das is doch nich fett? Wo soll denn das fett sein?“
„Na, das ist doch zweifellos fett!“

„Na, warum soll denn das nich fett sein? Was haben Sie
denn gähn fett?“

„Ich kann Fett nicht vertragen.“
„Haha! Nicht verdrachen! Sie hätten mal im Grieche sein
müßn, was wir da alles getroffen ham! Da ham wir Hunde und
Gadler geträven!“

„So!“
„Na, ja. Nur heutzutage, da sind eben die Mensch'n ver-
weichlich!“

„Bekomme ich nun das Schweinefleisch oder nicht?“
„Da siehst du gleich, daß Sie nich im Grieche gewäh sind!
Wenn Sie im Grieche gewäh wären, da wären Sie froh gewäh,
wenn Sie fett gehabb hätten!“

„Lieber Herr, ich habe keine Zeit! Bitte, geben Sie mir das
Fleisch! Außerdem bin ich auch im Kriege gewesen.“

Der Fleischer wag das Gewünschte ab, lassierte und lagte
kein Wort mehr. Nur als Christian den Laden verließ, konnte
er hören, wie der Mann durch die Zähne rief: „Koch Hund!“

Zwei Halbe

Die beiden Piccards, der Stratosphären- und sein Bruder,
die sich wie ein Ei dem andern gleichen, lebten u. v. auch längere
Zeit in München. Sie waren Bewohner Schwabings und ver-
legneten dies auch nicht in ihrem äußeren Habitus, der dadurch
unterstrichen wurde, daß sie beide dünn wie Striche aussahen.

Eines Tages sahen sie nebeneinander in der Schwemme im
Hofbräuhaus, es war Abend, und der ehrengeachtete Privatier
Alois Saughuber begab sich von seinem Abendessen nach
Hause. Als er schweren Schrittes die Schwemme durchschreiten
will, fällt sein verschwommenes Bild auf die beiden Brüder.

Erst klebt er entsetzt sehen, dann eilt er zu seinem Stammtisch
zurück, legt seine Hand schwer auf die Schulter der Kellnerin
Jenny und sagt:

„Jenzerl, entweder bin i bluffen und ich doppelt, oder
draußen hat a Schwammerl gezaubert und sich in zwosa Halbe
auf löst.“

Der Schorsch aus der Steiermark

Erzählung von Artur Stolz

Man wußte im Dorfe nicht, wie der Schorsch eigentlich
hineingekommen war in die Gemeinde. Dreißig stattliche Bauern-
höfe standen um die Kirche herum. Und droben auf der Senn-
leiten standen noch zehn. Arme Leute waren keine da. Aber es
ist nicht überall so in der schönen, grünen Steiermark.

Einstmals, als sie alle, Bäuerin und die Mägde und Knechte
beim Holzgrabenbauer abends beisammen saßen nach der Schaf-
schur, kam ein kleines Kerlchen daher mit einem Riesenbuckel.
Auf dem gelbgrünen Plüschhut wackelte ein echter Gamsbart.

„Bauer!“ rief der Budlige und steckte sich eine Zigarre an.
„Ich trink' ein Viertel Schilcher. Da ist das Geld!“ Und der
Budlige warf einen Gulden hin, daß es nur so scheppte.

Der Bauer stand auf. „I bin ka Wirtschaft' net!“ brauste er
auf. „Geh' hin zum Gahlerwirt oder zum Bachmeißl, da lannst
dein Wein kriegen!“

Aber der Budlige blieb sitzen. Rüttelte seinen Plüschhut mit
dem Gamsbart auf das linke Ohr und meinte, ob er nicht ein-
mal eine Geschichte erzählen dürje. Er komme geradezu aus der
Hölle, wo die Mannsbilder jeder drei oder vier Weiber hätten.
Dabei blinzelte der Budlige mit den schwarzen Augen, daß sich
die jungen Mädeln unterm Tisch anstießen. Und die Bäuerin
meinte, daß man den Mann doch erzählen lassen sollte. Es war
ja doch noch eine Stunde bis zum Schlafengehen.

Und der Schorsch erzählte.

Die müden Hände, die vom Auseinanderzupfen der stark
verfilzten Wolle schon lahm geworden waren, arbeiteten wieder
wie vier Stunden zuvor. Der Budlige wußte gar schöne Ge-
schichten zu erzählen. Vom Grahomobatschi, der alle Tage drei
Kinder freisen mußte, und vom Sultan Saladin, der, wenn er
einmal ausging, die Goldstücke auf der Straße umeinanderwarf.
Der Schorsch war auch in Afrika gewesen. Bei einem Mohren-
krieg mußte er die Schafe hüten. Also Schafe! Die Wolle war
einen halben Meter lang!

Drei Tage später klingelte der Kuglerjepp aus, daß der orts-
fremde Georg Johannes Sebastian Grandler die Keusche des
bürglich heimgelieferten Inninger gekauft hätte. Für 280 Gulden.
So machte sich der Schorsch anständig im Ort. Das Geld legte
er bar auf den Tisch.

Die Bauern wunderten sich, wazer so ein Dahergelaufener
das Geld habe. Und eines Abends fragte der Knallbichler über
den Tisch hinweg den Schorsch, wo er eigentlich das Geld her-
habe, um sich in der Gemeinde anzufriedeln.

„Da werde ich Dir einmal eine Geschichte' erzählen!“ jagte
der Schorsch. „Ich war einmal in Aegypten Kofschnecht bei einem
Sultan. Ein Hengst lief eines Tages fort in die Wüste hinein.
Das Luder hatte tausend englische Pfund gekostet. Ich natürlich
nach. Auf einem Kamel. Und erwischte den Hengst. Brachte
ihn heim. Und da idenkte mir der Sultan ein Lotterielos. „Ich
seh' sowieso kein Glück in der Lotterie!“ meinte er. „Vielleicht
gewinnst was, Schorrascher!“ Und das Los wurde gezogen. Ich
hatt' 100 000 Franken gewonnen!“

Die Bauern blickten sich an. Na ja! Es war ja der Ge-
schichtschorsch. Aber glauben wollte es keiner. Und umeinan-
der im Dorf erzählte der Schorsch weiter Geschichten. In den
Sonnentuben, den Kindern auf der Gamsweide. Er krieg hinauf



Die Kollegen des verweirerten Sommerurlaubes im Büro - (Judge)

